



24/SVV/1144

Beschlussvorlage
öffentlich

Verstetigungskonzept externer Stadtteilkoordination in Bornstedt und Waldstadt

<i>Geschäftsbereich:</i>	<i>Datum</i>
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration	23.10.2024

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
06.11.2024	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Pilotprojekte externe Stadtteilkoordination in Bornstedt und der Waldstadt sind in der Projektlaufzeit auf das Jahr 2025 zu verlängern. Für die Weiterbeschäftigung der Stadtteilkoordinatoren ist es maßgeblich, die Finanzierung seitens der Trägers ab Januar 2025 im Rahmen einer widerkehrenden Projektförderung sicherzustellen.

Begründung:

Mit dem Gesamtkonzept Stadtteilarbeit wurde im Jahr 2018 (DS 2017/SVV/0172) eine sukzessive flächendeckende Umsetzung von Stadtteilarbeit beschlossen. Dazu erfolgte eine Pilotprojektphase Stadtteilkoordination in Bornstedt und später in der Waldstadt. Die Pilotprojekte sind mit sehr verschiedenen Grundlagen gestartet, haben in ihrer Evaluation aber deutliche Mehrwerte für ihre Stadtteile erzielt. Anliegendes Verstetigungskonzept externe Stadtteilkoordination Bornstedt / Waldstadt wurde von den Stadtteilkoordinatoren erarbeitet. Es stellt die Entwicklungsziele und -ergebnisse in den Stadtteilen detailliert dar.

Die externen Stadtteilkoordinatoren übernehmen wichtige Aufgaben in einer Teilbedarfsdeckung und in der Entwicklung einer sozial kulturellen Stadtteilarbeit für ihre jeweiligen Stadtteile.

Die externen Stadtteilkoordinationen in Bornstedt und in der Waldstadt tragen dazu bei, die Effizienz und Effektivität der Zusammenarbeit von Akteuren in den Stadtteilen mit der Verwaltung zu steigern und die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig zu verbessern. Durch die gezielte Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren – wie Anwohnerinnen und Anwohnern, sozialen Einrichtungen, Schulen und lokalen Unternehmen – konnten zahlreiche Projekte initiiert und erfolgreich umgesetzt werden. Diese Maßnahmen haben nicht nur die soziale Kohäsion gestärkt, sondern auch zur Förderung von Teilhabe, Integration und bürgerschaftlichem Engagement beigetragen. Zugleich wurde die Reichweite von bestehenden Angeboten gesteigert und so die Effizienz des Mitteleinsatzes für stadtteilbezogene Angebote gesteigert werden.

1. Nachweisbarer Erfolg der bisherigen Maßnahmen: Die bisherigen Projekte der Stadtteilkoordination haben erkennbare Wirkungen in den Stadtteilen Waldstadt und Bornstedt erzielt. Die Erhöhung der Bürgerbeteiligung, die Verbesserung der Infrastruktur und die Förderung von sozialen Initiativen sind nur einige Beispiele. Die positive Resonanz aus der Bevölkerung zeigt, dass die Bedürfnisse und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden.

2. Notwendigkeit einer nachhaltigen Struktur: Um die erreichten Fortschritte langfristig zu sichern und weiter auszubauen, ist eine Verstetigung der externen Stadtteilkoordination unerlässlich. Eine temporäre Finanzierung führt dazu, dass erfolgreiche Projekte gefährdet sind und das Vertrauen der Bürger in die Institutionen schwindet. Eine dauerhafte Koordination gewährleistet, dass die Stadtteile kontinuierlich unterstützt werden und auf Veränderungen flexibel reagiert werden kann.

3. Stärkung der sozialen Infrastruktur: Die externe Stadtteilkoordination spielt eine Schlüsselrolle bei der Identifizierung und Ansprache von sozialen Herausforderungen in den Stadtteilen. Durch die Verstetigung der Koordination können gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, Isolation und sozialer Ungleichheit entwickelt werden. Dies ist besonders wichtig in Zeiten, in denen viele Menschen durch wirtschaftliche und soziale Krisen belastet sind.

4. Förderung von Netzwerken und Kooperationen: Die externe Stadtteilkoordination fungiert als Bindeglied zwischen verschiedenen Akteuren vor Ort. Durch die Verstetigung wird die Möglichkeit geschaffen, bestehende Netzwerke weiter auszubauen und neue Kooperationen zu initiieren. Dies ist entscheidend, um Ressourcen effizient zu nutzen und Synergien zu schaffen.

5. Positive Auswirkungen auf die Stadtentwicklung: Eine kontinuierliche Stadtteilkoordination trägt nicht nur zur Verbesserung der sozialen Situation bei, sondern hat auch positive Effekte auf die Stadtentwicklung insgesamt. Durch die Einbindung der Bürger in Planungs- und Entscheidungsprozesse wird die Identifikation mit dem Wohnumfeld gestärkt, was wiederum zu einer höheren Lebensqualität führt.

Fazit: Die Verstetigung der externen Stadtteilkoordination ist ein entscheidender Schritt, um die positiven Entwicklungen in den Stadtteilen Bornstedt und Waldstadt langfristig zu sichern. Die dafür notwendigen Mittel dienen nicht nur dazu, eine nachhaltige und effektive Stadtteilkoordination zu gewährleisten. Dadurch werden auch Effizienz und Reichweite des Einsatzes städtisch finanzierter Angebote erhöht.

Die Wirksamkeit der Stadtteilkoordination unterliegt im Rahmen der Berichterstattung zur Verwendungsnachweisprüfung im Zuwendungsverfahren, insbesondere in Bezug auf einen effizienten Ressourceneinsatz der Landeshauptstadt Potsdam, einer Etablierung eines turnusmäßigen Monitorings und einer wiederkehrenden Evaluation.

Anlagen:

1	Darstellung der finanziellen Auswirkung	öffentlich
2	Pflichtige Zusatzinformationenzur Vorlage	öffentlich
3	Anhang 1 Verstetigungskonzept externe Stadtteilkoordination	öffentlich
4	Anhang 2 GesamtkonzeptStadtteilarbeit	öffentlich
5	Anhang 3 Konzept AK NBH Stadtteilarbeit in Potsdam	öffentlich

Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage

Betreff: Verstetigungskonzept externe Stadtteilkoordination Bornstedt und Waldstadt

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen? Nein Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe? Nein Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten? Nein Ja Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 28404 Bezeichnung: Nachbarschafts- und Begegnungshäuser.

5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
Ertrag laut Plan	-27.420	91.600	91.600	91.600	91.600	91.600	366.400
Ertrag neu	-27.420	91.600	91.600	91.600	91.600	91.600	366.400
Aufwand laut Plan	2.464.097	2.660.600	2.659.500	2.660.000	2.662.100	2.662.100	10.642.200
Aufwand neu	2.464.097	2.660.600	2.659.500	2.660.000	2.662.100	2.662.100	10.642.200
Saldo Ergebnishaushalt laut Plan	-2.491.516	-2.569.000	-2.567.900	-2.568.400	-2.570.500	-2.570.500	-10.275.800
Saldo Ergebnishaushalt neu	-2.491.516	-2.569.000	-2.567.900	-2.568.400	-2.570.500	-2.570.500	-10.275.800
Abweichung zum Planansatz	0	0	0	0	0	0	0

5. a Durch die Maßnahme entsteht keine Ent- oder Belastung über den Planungszeitraum hinaus bis 2027 in der Höhe von insgesamt Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
Investive Einzahlungen laut Plan	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Einzahlungen neu	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Auszahlungen laut Plan	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Auszahlungen neu	0	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Finanzhaushalt laut Plan	0	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Finanzhaushalt neu	0	0	0	0	0	0	0	0
Abweichung zum Planansatz	0	0	0	0	0	0	0	0

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan? Nein Ja
 Mit der Maßnahme ist eine Stellenerweiterung von Vollzeiteinheiten verbunden.
 Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt? Nein Ja
9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt. Nein Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Die Pilotprojekte Stadtteilkoordination Waldstadt und Bornstedt konnten nach Kürzungen im Produkt 28404 in der finalen Planungsstufe und somit im Haushalt 2023/2024 ff. nicht berücksichtigt werden. Die Deckung erfolgte durch Minderaufwendungen innerhalb anderer Maßnahmen des Produktes.

Für das Jahr 2025 können die Aufwendungen für eine Projektverlängerung aus Haushaltsresten des Jahres 2024 - hier aus Minderausgaben im Deckungskreis 3033 gedeckt werden, um das Haushaltsjahr 2025 zu entlasten.

Da die Planung des Haushaltes für 2025 ff. bisher nicht beschlossen ist, besteht ab 2025 ein Haushaltsvorbehalt.

Anlagen:

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)

Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage

Betreff:

Verstetigungskonzept der externe Stadtteilkoordination in Bornstedt und in der Waldstadt

öffentlich nicht öffentlich

► **Berücksichtigung Gesamtstädtischer Ziele** ja nein

<input type="checkbox"/> Digitales Potsdam	<input type="checkbox"/> Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität	<input type="checkbox"/> Vorausschauendes Flächenmanagement
<input type="checkbox"/> Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur	<input type="checkbox"/> Umweltgerechte Mobilität	<input type="checkbox"/> Bürgerschaftliches Engagement
<input type="checkbox"/> Investitionsorientierter Haushalt	<input type="checkbox"/> Vielseitiges Unternehmertum	<input checked="" type="checkbox"/> Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung

Bezug zum Strategischen Projekt (falls möglich):

Die externe Stadtteilkoordination in Bornstedt und in der Waldstadt trägt dazu bei, die Effizienz und Effektivität der Zusammenarbeit von Akteuren in den Stadtteilen mit der Verwaltung zu steigern und dadurch eine nachhaltige Quartiersentwicklung zu gewährleisten.

► **Finanzielle Auswirkungen** ja nein

Das Formular „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage beizufügen!

Fazit der finanziellen Auswirkungen:

Kurze Zusammenfassung der Pflichtanlage (keine Wiederholung)

Die Pilotprojekte Stadtteilkoordination Waldstadt und Bornstedt konnten nach Kürzungen im Produkt 28404 in der finalen Planungsstufe und somit im Haushalt 2023/2024 ff. nicht berücksichtigt werden. Die Deckung erfolgte durch Minderaufwendungen innerhalb anderer Maßnahmen des Produktes.

Für das Jahr 2025 können die Aufwendungen für eine Projektverlängerung aus Haushaltsresten des Jahres 2024 - hier aus Minderausgaben im Deckungskreis 3033 gedeckt werden, um das Haushaltsjahr 2025 zu entlasten.

Da die Planung des Haushaltes für 2025 ff. bisher nicht beschlossen ist, besteht ab 2025 ein Haushaltsvorbehalt.

► **Berechnungstabelle Demografieprüfung**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
	10				100	große

► **Klimaauswirkungen**

positiv

negativ

keine

Fazit der Klimaauswirkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



Landeshauptstadt
Potsdam



**Externe Stadtteilkoordination
Bornstedt / Waldstadt
in der Landeshauptstadt Potsdam
Verstetigungskonzept**

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit
Ansprechpartnerin Frau Siegel

Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Herr Kube, Stadtteilkoordinator Bornstedt, Träger Mitmachen e.V.
Frau Seegers, Stadtteilkoordinatorin Waldstadt, Träger Volkssolidarität
Frau Dr. Volkmar, Stadtteilkoordinatorin Waldstadt, Träger Volkssolidarität

Fotos:

Eingang Rathaus, Landeshauptstadt Potsdam / Hermann&Schlicht (Titelseite)
Rathaus Detailansichten, Landeshauptstadt Potsdam / F. Daenzer (Titel- und Rückseite)

Stand: 09/2024

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	1
Einführung	2
1. Genese der externen Stadtteilkoordinationen	3
1.1. Historie – Bornstedt	3
1.2. Historie – Waldstadt	5
1.2.1. Warum “für EINE Waldstadt”?	6
1.2.2. Zum Netzwerk	6
2. Aufgaben der externen Stadtteilkoordination	7
2.1. Aufgaben – Bornstedt	7
2.2. Aufgaben – Waldstadt	8
3. Evaluierung: Über die Notwendigkeit der Fortführung der Stadtteilkoordination in freier Trägerschaft im Stadtteil	9
3.1. Evaluierung – Bornstedt	11
3.2. Evaluierung – Waldstadt	13
4. Weitere Entwicklungsperspektiven	14
4.1. Stadtteilkoordination Bornstedt	14
4.2. Stadtteilkoordination Waldstadt	15
Zusammenfassung	16
Anhang	17

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
B	Bundesstraße
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz
ca.	circa
eG	eingetragene Genossenschaft
etc.	et cetera
e.V.	eingetragener Verein
FB	Fachbereich
FH	Fachhochschule
GB	Geschäftsbereich
i.S.	im Sinne
LHP	Landeshauptstadt Potsdam
pbg	Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft
RAK	Regionaler Arbeitskreis
s.	siehe
SVV	Stadtverordnetenversammlung
u.a.	unter anderem
WG	Wohnungsgenossenschaft
z. B.	zum Beispiel

Einführung

Zwei Pilotprojekte ein Ziel: den Stadtteil für die Bewohner*innen lebenswerter machen.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit dem Gesamtkonzept Stadtteilarbeit (DS 17/SVV/0172) die Entwicklung der Stadt- und Ortsteile als Koordinationsaufgabe definiert. Darüber hinaus hat der Arbeitskreis Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in seinem Konzept "Stadtteilarbeit in Potsdam" festgehalten, dass die Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt "aus den Häusern herausgewachsen ist".

Seit 2017 wird in Potsdam mit dem Begriff der Stadtteilkoordination gearbeitet, im selben Jahr wurde die Erste durch die Landeshauptstadt Potsdam geförderte Stadtteilkoordination im Stadtgebiet in Bornstedt geschaffen. Die Stadtteilkoordination EINE Waldstadt folgte im Jahr 2022 nach einer zehnjährigen Konzeptionsphase. Beide Stadtteilkoordinationsstellen entstanden unter unterschiedlichen Bedingungen, beide Stellen wurden durch breite Trägergemeinschaften in den jeweiligen Stadtteilen getragen.

Dieses Dokument soll sowohl die unterschiedlichen Zusammenhänge in der Waldstadt und in Bornstedt erläutern, die Arbeit der letzten Jahre evaluieren und die Notwendigkeit der Weiterführung der Projekte und der Förderung durch die Landeshauptstadt verdeutlichen.

1. Genese der externen Stadtteilkoordinationen

Um die unterschiedlichen Startbedingungen beider externen Stadtteilkoordinationen darzustellen, ist es notwendig, die Pilotprojekte im Kontext der historischen Genese der Stadtteile, in denen sie agieren und wirken, zu betrachten.

1.1. Historie – Bornstedt

Der Stadtteil Bornstedt hat durch die Implementierung des Entwicklungsgebietes Bornstedter Feld ab 1993 und die darin enthaltene rege Bautätigkeit eine besondere Stadtteilentwicklung im Vergleich zu anderen Stadtteilen Potsdams durchlaufen.

Während vorher einerseits eher gewachsene, gleichwohl rural anmutende Beziehungsgeflechte im alten Bornstedt (entlang der B 273) vorherrschten, lag der Großteil des Bornstedter Feldes nach seiner militärischen Nutzung ab 1994 brach.

Durch die Ausweisung als Entwicklungsgebiet wurde ab Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts mit der Konversion der ehemaligen militärisch genutzten Flächen begonnen und erste Straßenzüge mit Einfamilienhäusern und Reihenhäusern entstanden. Durch die Bundesgartenschau 2001 und die darin enthaltene Entwicklung von Volkspark, Biosphäre und Infrastruktur, bekam das Entwicklungsgebiet neue Impulse. Etwa gleichzeitig wurde Potsdam wieder Zuzugsgebiet, so dass sich die Bautätigkeit im Bornstedter Feld auf den Geschosswohnungsbau konzentrierte, während im alten Bornstedt hunderte Ein- und Zweifamilienhäuser neu gebaut wurden.

Der Stadtteil erlebte somit ein rasantes Wachstum (von ca. 1500 Menschen Anfang der 90er Jahre auf mittlerweile (2024) über 17.000 Menschen, davon fast 15.000 ausschließlich im Bornstedter Feld. Der größte Teil der Menschen ist in den letzten 15 Jahren zugezogen. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung des Stadtteils sind Menschen, die aus den unterschiedlichsten Regionen und Gründen nach Bornstedt gezogen sind – dort aber nicht verwurzelt sind, kaum oder keine Identifikationspunkte haben, zum Teil in anderen Teilen der Stadt sozialisiert sind und ihre Wohnungen als Schlafstätten nutzen oder für Arbeit und Freizeit den Stadtteil verlassen. Erschwerend machte sich der Umstand bemerkbar, dass die soziale Infrastruktur (Kitas, Schulen, Jugendtreffs, kulturelle Angebote) erst zeitverzögert realisiert wurde, so dass die Bewohner*innen lange Zeit weite Fahrtwege für diese Angebote zurücklegen mussten.

Hinzu kommt, dass es lange keine Treffpunkte für die Menschen in Bornstedt gab, keine Gastronomie, in der man sich hätte treffen können, keine gesellschaftlichen oder kulturellen Aktivitäten, die man hätte besuchen können. Dieser Mangel und das schnelle Bevölkerungswachstum führte dazu, dass Bornstedt als Neubau-Schlafsiedlung wahrgenommen wurde, wobei der Fokus wegen des Entwicklungsgebietes hier auf dem Bornstedter Feld lag.

Die Diskrepanz zwischen Bevölkerungsentwicklung und sozialer Infrastruktur wurde zunehmend in der 2013 etablierten Interessenvertretung Bornstedter Feld thematisiert. Bald darauf gründete sich der Verein Stadtteilinitiative Bornstedt, welcher sich für eine Belebung

des Stadtteils und die Schaffung eines dauerhaften Treffpunktes einsetzte. In Kooperation mit dem Verein StadtrandELFen e.V., welcher eine Wiese im Stadtteil pachtete und daraus einen Ort für Treffen und Umweltpädagogik entwickelte sowie dem mitmenschen e.V., welcher sich für eine Willkommenskultur für Geflüchtete einsetzte, wurden erste stadtteilbezogene kulturelle Akzente gesetzt, wie zum Beispiel das seit 2016 jährlich stattfindende Stadtteilstfest.

Auf Initiative und Druck dieser Akteur*innen fand im Sommer 2017 die Stadtteilwerkstatt auf dem Gelände der Fachhochschule Potsdam statt, mit Begleitung und Unterstützung der WerkStadt für Beteiligung, die die methodische Umsetzung übernahm. Hier hatten Bewohner*innen die Möglichkeit, mit Politik und Verwaltung zu diskutieren und deutlich zu machen, was ihnen im Stadtteil fehlt.

Ein wichtiges Ergebnis der Werkstatt war die Gründung der Trägergemeinschaft für Stadtteilarbeit in Bornstedt, welche aus den drei Vereinen Stadtteilinitiative Bornstedt e.V., StadtrandELFen e.V. und mitMachen e.V. (wobei der Verein mitMachen e.V. die jur. Trägerschaft übernahm) bestand und auch heute noch besteht.

Flankiert durch einen Stadtverordnetenbeschluss und in Absprache und Förderung mit der Stabsstelle Nachbarschafts- und Begegnungshäuser des GB 2 der Stadtverwaltung (heute Bereich 395 Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit) wurde ab November 2017 die Stelle einer Stadtteilkoordination für Bornstedt geschaffen. Der Fokus lag auf der Schaffung eines permanenten Treffpunkts zur Vernetzung verschiedenster Akteur*innen und der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Stadtteil.

Die Schaffung eines Treffpunkts für Bornstedt, dem Stadtteilladen Bornstedt, konnte im Mai 2018 realisiert werden. Die Etablierung des Stadtteilladens als offener Treffpunkt für Bornstedt spiegelte sich auch in der Förderung der Landeshauptstadt wider, indem vorerst nicht die Stadtteilkoordination, sondern die Koordination des Stadtteilladens (i.S. eines Nachbarschafts- und Begegnungshauses) in der Maßnahmebeschreibung als Zweck definiert wurde. Die Bedarfe bei der Unterstützung des Ehrenamtes, der Vernetzung und der Möglichkeiten der Begegnung außerhalb des Stadtteilladens blieben jedoch bestehen – gerade in diesem neu entstandenen und sich immer wieder neu erfindenden Stadtteil Bornstedt.

Im Sinne des Konzeptes zur Stadtteilarbeit in Potsdam der Verwaltung von 2018 und der Notwendigkeit, über den Stadtteilladen hinaus in den Stadtteil hineinzuwirken, wurde in Absprache und Kooperation mit dem FB 39 ab 2020 die Stelle einer Stadtteilkoordination gefördert, die in Trägerschaft der Trägergemeinschaft für Stadtteilarbeit in Bornstedt geführt wurde – also in direkter Zusammenarbeit mit dem Stadtteilladen Bornstedt. Dieser wurde auch die organisatorische Basis für die Arbeit der Stadtteilkoordination. Die Stelle der Stadtteilkoordination wurde als Modellprojekt geschaffen mit der Auflage, sie permanent zu evaluieren, was sich in der jährlichen Antragstellung durch den Träger mitMachen e.V. an den FB 39 widerspiegelt (siehe 20/SVV/0819).

1.2. Historie – Waldstadt

In den 2000er Jahren herrschte in und um die Waldstadt eine spürbare Diskrepanz zwischen den vorhandenen kulturellen Angeboten und ihrer Wahrnehmung. Viele Freizeitmöglichkeiten und Initiativen waren den Bewohner*innen nicht bekannt oder blieben kleinen sozialen Kreisen vorbehalten. Dennoch waren verschiedene Institutionen und Einzelpersonen aktiv darum bemüht, die Waldstadt als lebenswerten Stadtteil zu gestalten. Allerdings konnten sie aufgrund begrenzter Ressourcen nur eine begrenzte Anzahl von Menschen in ihrem direkten Umfeld erreichen.

Etwa um 2010/11 wurde aus dem Breitband e.V. heraus die Situation analysiert und ein Konzept für eine sogenannte „Kulturstelle“ entwickelt, die neutral die vorhandenen Angebote sammeln, präsentieren und den Bewohner*innen der Waldstadt die Vielfalt der Möglichkeiten aufzeigen sollte. Dies sollte auch dazu beitragen, eigene Ideen zu fördern. Das Konzept wurde erstmals 2012 vorgestellt und bot eine Perspektive auf den Stadtteil aus Sicht örtlicher Akteur*innen. Es umfasste Statistiken, Entwicklungen und Herausforderungen.

Das Konzept stieß auf großes Interesse, insbesondere beim „Bündnis für Familie Potsdam-Süd“, fand jedoch zunächst wenig Gehör in der Politik. Versuche, die Idee bei „Stadtspuren“ und dem „Stadtkontor“ vorzubringen, scheiterten oder wurden still abgelehnt. Dies trug unter anderem zum Bruch im damaligen Stadtteilrat Schlaatz/Waldstadt bei.

Um 2015 wurde das Konzept überarbeitet, um den Veränderungen in der Einwohnerschaft durch Migration Rechnung zu tragen. Es betonte die Notwendigkeit, angesichts einer sich wandelnden Umgebung, zeitgemäße und sozial stabilisierende Maßnahmen zu ergreifen. Lokale Institutionen konnten dies ehrenamtlich nicht mehr allein bewältigen. In der Zwischenzeit gelang es, direkte Kontakte zur Stadtpolitik herzustellen und das Interesse von SPD und DIE LINKE zu wecken.

2016 organisierte die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG (pbg) erstmals ein Treffen lokaler Akteur*innen, unabhängig von lokalen Netzwerken oder Zielgruppen. Hier entstand das Netzwerk „Für EINE Waldstadt“, das dazu beitrug, die Problemlage aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Das Konzept der „Kulturstelle“ bzw. Stadtteilkoordination wurde vorgestellt und vertrauensvoll zur Diskussion gestellt. Mit den bestehenden politischen Kontakten, dem bevorstehenden Bürgermeisterwahlkampf 2018 und einem breiten Netzwerk von Akteuren gelangte die Idee schließlich in die Stadtverordnetenversammlung (SVV).

Dort erzeugte sie mehr Dynamik als erwartet und führte zu einer grundlegenden Neupositionierung des Stadtteils in Potsdam. Es ging um die demokratische Gleichbehandlung und die Neuordnung der Stadtteile im Sinne sozialer Gerechtigkeit. Obwohl das Konzept zu diesem Zeitpunkt weit gediehen war, scheiterte die zeitnahe Umsetzung an der entstandenen Welle des Interesses.

Die Stadt erarbeitete zunächst ein eigenes Konzept für die Stadtteilarbeit im Allgemeinen. Gleichzeitig musste das Netzwerk Waldstadt als Initiator der lokalen Idee weitere politische Entscheidungsträger für sich gewinnen. Es wurde deutlich, dass es sich nicht um eine Forderung eines kleinen Kreises unbekannter Personen handelte, sondern um ein seriöses

Netzwerk etablierter Akteur*innen. Die Politik und Verwaltung erkannten schließlich die Notwendigkeit einer Stadtteilkoordination für das soziale Leben in der Waldstadt.

Als klar wurde, dass die Schaffung einer solchen Koordination geplant war, wurde im Netzwerk, in Zusammenarbeit mit dem mitMachen e.V., ein konkreter Plan erarbeitet. Die Anforderungen der Stadtverwaltung, der Politik und des Netzwerks wurden abgestimmt und eine Trägerstruktur entworfen. Bereits 2021 wurde eine Trägergemeinschaft gegründet, die ausgewählt wurde, um die Interessen des breiten Netzwerks zu vertreten. Die Stadtteilkoordination war mittlerweile auch in den Medien ein Thema.

Die Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V., Verbandsbereich Mittelmark, wurde als Träger der Stadtteilkoordination ausgewählt, sodass das Konzept zum Jahreswechsel 2021/2022 Realität wurde. Die Stelle konnte im Herbst 2021 ausgeschrieben und zum Januar 2022 mit Frau Seegers besetzt werden. Seit August 2024 wird die Stelle von Frau Dr. Volkmar ausgefüllt.

1.2.1. Warum “für EINE Waldstadt”?

Die beiden Wohngebiete Waldstadt I und Waldstadt II haben eine unterschiedliche Geschichte. Dadurch werden sie bis heute getrennt behandelt. Im Alltag der Bewohner*innen hat diese Trennung jedoch keine Bedeutung. Das Netzwerk ist der Meinung, dass eine gemeinsame Wahrnehmung als Stadtteil mit knapp 17.000 Menschen die Realität besser widerspiegelt und sich Angebote, Standpunkte und das Zusammenleben leichter organisieren lassen. Beide Wohngebiete profitieren voneinander und bilden einen bunten Teil der Stadt Potsdam. Hinzu kommt, dass sich die Waldstadt in den letzten Jahren sehr verändert hat und gewachsen ist. Viele Neubauten und Umbauten haben den Stadtteil verändert. Viele neue Bewohner*innen sind hinzugekommen. Die soziale Infrastruktur ist dabei aber auf dem Stand um 2000 geblieben. Das Engagement des Netzwerks für EINE Waldstadt ist daher auch nach innen gerichtet. Es möchte den Menschen in Waldstadt zeigen, was im eigenen Kiez möglich ist, wie viele unterschiedliche Seiten er hat und dass die Veränderungen selbst gestaltet werden können.

1.2.2. Zum Netzwerk

Das Netzwerk „Für EINE Waldstadt“ ist ein lockerer Zusammenschluss von verschiedenen Institutionen aus Potsdam-Waldstadt, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Kommunikation miteinander zu verbessern und gemeinsame Angebote für die Bewohner*innen zu planen. Es besteht u.a. aus sozialen Trägern wie der Volkssolidarität e.V., dem Breitband e.V., der AWO, dem Bezirksverband Potsdam e.V.; Wohnungsgenossenschaften wie der pbg und der WG Karl Marx; dem Haus der Begegnung, der Zweigbibliothek, der ADTV Tanzschule Balance, der Waldorfschule Potsdam und der evangelischen Auferstehungsgemeinde. Es gibt regelmäßige Treffen bei einem der Akteur*innen, um sich über Veranstaltungen wie das Stadtteilstfest, aktuelle Entwicklungen, neue Ideen oder Probleme auszutauschen. Als kleiner Ausschnitt des großen Netzwerks wurde 2021 die „Trägergemeinschaft“ gewählt, um die Stadtteilkoordinatorin direkt zu beraten und Entscheidungen auf kurzem Weg abzustimmen. Diese Gruppe trifft sich zusätzlich

regelmäßig, um z. B. den Presseverkehr zu organisieren oder große Netzwerktreffen vorzubereiten.

Ziel des Netzwerks ist es, die Wahrnehmung der Waldstadt als vollwertigen, gleichberechtigten Stadtteil Potsdams zu fördern. Ein zentrales Instrument hierfür ist die Stadtteilkoordination. Sie widmet sich der Bürgerbeteiligung, der Präsentation der lokalen Vielfalt und der Förderung von Kultur. Sie unterstützt das Netzwerk auch als professionelle Verbindung zur Stadtverwaltung und als Ansprechpartnerin für die Bewohner*innen.

2. Aufgaben der externen Stadtteilkoordination

Stadtteilarbeit ist Beteiligung, generationsübergreifend, Gemeinwesen orientiert, zielgruppen- und bereichsübergreifende soziale und kulturelle Arbeit. Beteiligung trägt dazu bei, dass Bürger*innen selbst bedürfnisorientiert dazu beitragen können, den Kiez mitzugestalten, sich zu treffen, Bedarfe und Bedürfnisse auszutauschen, Gemeinschaft zu fördern und vor Ort konfessionell und parteipolitisch unabhängig aktiv zu sein.

Durch die Stadtteilkoordination können verschiedene Bereiche des Zusammenlebens verbessert werden, wie die Förderung der Bildung, die Stärkung des sozialen Miteinanders, die Verschönerung des öffentlichen Raums, die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und die Unterstützung benachteiligter Gruppen. Es ist wichtig zu betonen, dass die Stadtteilkoordination keine Lösungen von oben herab verordnet, sondern auf dem Konzept der Mitbestimmung und Zusammenarbeit basiert. Die Bürger*innen werden ermutigt, ihre eigenen Ideen einzubringen und aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken.

Im Folgenden werden die Aufgabengebiete der Stadtteilkoordinationen Bornstedt und Waldstadt vorgestellt, welche aufgrund der besonderen historischen Entwicklung und sozialräumlichen Profile der hier betrachteten Stadtteile unterschiedlich ausfallen. Diese Aufgabenbeschreibungen dienen als Grundlage für die Evaluierung der Stadtteilkoordination im nächsten Kapitel.

2.1. Aufgaben – Bornstedt

Das Aufgabenspektrum der Stadtteilkoordination Bornstedt besteht

- im Ausbau des Bornstedter Netzwerks (welches sich aus Vereinen und Institutionen, Träger sozialer Dienste, Schulen, der Fachhochschule, Unternehmen, aber auch vielen Einzelpersonen zusammensetzt und stetig wächst)
- in der Unterstützung von Ehrenamtlichen (z. B. Stadtrand Elfen e.V., Stadtteilinitiative e.V., BUND Potsdam Nord, dem Projekt Bornstedter Sommerkneipe und viele mehr)
- in der Organisation der Bürgerbudgets 2021, 2023, 2024/25

- im Aufbau einer Stadtteilvertretung für ganz Bornstedt als Fortsetzung und Erweiterung der Interessenvertretung Bornstedter Feld (dessen Existenz an die auslaufende Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld gekoppelt ist und zeitnah endet)
- in der Organisation von Veranstaltungen im Stadtteil als Gelegenheiten des nachbarschaftlichen Kennenlernens (Stadtteulfeste, Bornstedt-Open-Air, Lesungen im Stadtteil und im Stadteilladen, Vorträge zu Geschichte Bornstedts als Identifikationsmomente mit dem Stadtteil, Fotowettbewerbe, Trödelmärkte, Lagerfeuer, Pop-up-Kneipe)

Die Stadtteilkoordination Bornstedt versteht sich als Netzwerk- und Informationsknotenpunkt für die unterschiedlichen Belange und Themen im Stadtteil. Sie ist Ansprechpartner*in sowohl für die Bewohner*innen Bornstedts, als auch für die Verwaltung der LHP, die Lokalpolitik und Lokalmedien, die Belange des Stadtteils betreffen. Darüber hinaus versteht sich die Stadtteilkoordination als fachliche Begleitung bei der Planung eines Gymnasiums in Kooperation eines Stadtteilzentrums für Bornstedt in der Pappelallee und als Brückenbauer*in und Knotenpunkt zu den angrenzenden Stadtteilen. Aufgrund der knappen Personalsituation ist die Stadtteilkoordination außerdem Mit-Koordinator für den Stadteilladen Bornstedt und fungiert so auch als Seismograph für Strömungen/ Haltungen und Veränderungen im Stadtteil. Abschließend ist die „Feuerwehrfunktion“ der Stadtteilkoordination zu betonen, i.S. des schnellen Reagierens in Zeiten besonderer Herausforderungen (z. B. Covid-19 Pandemie, Ukrainekrieg...).

2.2. Aufgaben – Waldstadt

Das Aufgabenspektrum der Stadtteilkoordination Waldstadt umfasst

- Bedarfsermittlung: Durch Befragungen, Workshops oder andere Methoden werden die Bedürfnisse und Anliegen der Bewohner*innen identifiziert.
- die Entwicklung von Projekten und Maßnahmen: Auf Basis der gesammelten Informationen werden gemeinsam mit den Bürger*innen konkrete Projekte und Maßnahmen entwickelt, die auf die Bedürfnisse des Stadtteils zugeschnitten sind.
- die Organisation der Bürgerbudgets für 2023
- die Durchführung von Veranstaltungen (Stadtteulfeste, Lebendiger Adventskalender, Adventsmarkt, Fête de la Musique) zur Aufwertung des Stadtteils nach innen und nach außen
- Vernetzung: Die Stadtteilkoordination Waldstadt bringt unterschiedliche Akteur*innen zusammen und fördert den Austausch von Informationen und Erfahrungen. So schafft sie Synergien zwischen den Akteur*innen und trägt zur effizienten Nutzung vorhandener Ressourcen bei.
- Öffentlichkeitsarbeit: Sie informiert die Bewohner*innen über aktuelle Entwicklungen und Projekte im Stadtteil und fördert das Bewusstsein für das Gemeinschaftsleben.

- die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement: Die Stadtteilkoordination ermutigt und begleitet ehrenamtliche Initiativen und fördert das bürgerschaftliche Engagement.
- die Unterstützung beim Aufbau einer Stadtteilvertretung
- die Kooperation mit der Stadtverwaltung: Sie vermittelt zwischen den Bewohner*innen und der städtischen Verwaltung, um ihre Anliegen und Vorschläge zu kommunizieren.

Die Stadtteilkoordination EINE Waldstadt setzt sich für eine lebendige, lebenswerte und kulturell abwechslungsreiche Waldstadt ein. Dies geschieht durch das Koordinieren und Vernetzen der aktiven Träger und Akteur*innen in der Waldstadt (das Netzwerk EINE Waldstadt), sodass zusammen mit allen Akteur*innen gemeinsame Projekte, Feste und Veranstaltungen entstehen und durchgeführt werden.

Die Stadtteilkoordination versteht sich darüber hinaus als offenes Ohr für die Bewohner*innen der Waldstadt. Durch Sprechstunden im Haus der Begegnung und anderen Einrichtungen kann jede*r Bürger*in jederzeit Kontakt aufnehmen und Bedarfe, Wünsche, Anregungen oder Ideen mitteilen und sich informieren. Zudem werden Bewohner*innen durch offene Planungstreffen aktiv in die Planung von Festen und Veranstaltungen einbezogen. Schlussendlich sieht sich die Stadtteilkoordination als Vermittler*in zwischen Bewohner*innen der Waldstadt und der LHP.

3. Evaluierung: Über die Notwendigkeit der Fortführung der Stadtteilkoordination in freier Trägerschaft im Stadtteil

Moderne Stadtteilarbeit ist aus den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern hinausgewachsen. Dies wurde sowohl durch die Stadtverwaltung Potsdam (Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit der Landeshauptstadt Potsdam DS 17/SVV/0172), als auch durch den Arbeitskreis Nachbarschafts- und Begegnungshäuser (Stadtteilarbeit in Potsdam: Konzeptioneller Rahmen für die Gestaltung und Ausrichtung von Nachbarschafts- und Begegnungshäusern in der Landeshauptstadt Potsdam) ausführlich dargelegt.

Die zunehmende Komplexität der Lebenswelten der Menschen in den Stadtteilen, die erforderlichen Reaktionen auf neue Krisenlagen, die Zunahme an Initiativen von Einwohner*innen, die sich durch die bestehenden Strukturen in Politik und Verwaltung nicht abgeholt fühlen, die Herausforderungen und auch Ängste, die – im Hinblick auf Potsdam – das rasante Wachstum der Stadt mit sich bringen, machen es erforderlich, über die engen baulichen Grenzen eines Begegnungshauses hinaus in den Stadtteil zu arbeiten.

Moderne Stadtteilarbeit erfordert:

- mit Menschen auf der Straße ins Gespräch zu kommen,
- Gesprächsrunden zu brennenden Themen im Stadtteil zu initiieren,

- als pendelnde Ansprechpartner*in Themen der Bewohner*innen in die Verwaltung und Lokalpolitik zu transportieren (und umgekehrt),
- Orte der Begegnung außerhalb der Begegnungshäuser zu schaffen,
- Stadtteilvertretungen zu unterstützen und zu begleiten,
- unzählige kleine Sorgen, Nöte oder Ideen durch ein umfassendes Netzwerk aufzufangen, bevor die Verwaltung sich damit beschäftigen muss,
- Informationen zügig und kompetent in alle Richtungen verteilen zu können,
- Stadtentwicklungsprozesse als unabhängige Institution zu begleiten und
- mit den Menschen auf Augenhöhe zu interagieren.

Die beschriebenen Aufgaben können aus unserer Sicht nur durch eine verwaltungsexterne Stadtteilkoordination direkt vor Ort in den Stadtteilen geleitet werden. Hierfür sprechen unter anderem folgende Argumente:

Verwaltungsmitarbeiter*innen sind in feste Hierarchien eingebunden. Für viele Belange sind Rücksprachen durch diese Ebenen hinweg nötig, was mitunter nicht nur zu langen Bearbeitungszeiten und Verzögerungen führt, sondern auch bedeutet, dass eine anwaltschaftliche Rolle für die Belange der Einwohner*innen durch Verwaltungsmitarbeiter*innen grundsätzlich nicht möglich ist.

Für viele der beschriebenen Aufgaben ist eine dauerhafte Präsenz im Stadtteil ein integraler Bestandteil der Arbeit (direkte Ansprache, verlässliche Anwesenheit, Ausbau und Pflege des Netzwerks). Bisher hat die Landeshauptstadt kein Büro oder Ort im Stadtteil Bornstedt, der eine permanente direkte Erreichbarkeit für die Einwohner*innen garantieren würde. Von daher ist (zumindest zum derzeitigen Stand) eine dauerhafte Präsenz vor Ort durch Verwaltungsmitarbeiter*innen gar nicht möglich. Ein freier Träger kann diese Präsenz leisten, vor allem wenn es eine Koppelung mit den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern gibt (im Idealfall das Büro der Stadtteilkoordination innerhalb eines Nachbarschafts- und Begegnungshauses).

Als Mitarbeiter*in der Stadt Potsdam wird eine Stadtteilkoordinator*in auch als Teil der Stadt bzw. der Verwaltung gesehen. Bei divergierenden Ansichten kann es dazu kommen, dass Mitarbeiter*innen dann nur schwer eine vermittelnde oder moderierende Position einnehmen können, da diese Rolle durch die Einwohner*innen abgesprochen wird.

Die Prioritäten innerhalb der Verwaltung können sich von denen der Anwohner*innen in den Stadtteilen durchaus unterscheiden. Durch die erwähnten Hierarchien in der Verwaltung kann es dazu kommen, dass eine verwaltungsinterne Stadtteilkoordination zu den Bedürfnissen und Wünschen der Einwohner*innen anderslautende oder gar konträre Aufträge bekommt, was sich nachteilig auf eine vertrauensvolle Arbeit auf Augenhöhe auswirkt.

3.1. Evaluierung – Bornstedt

Im Fall Bornstedt, in dem sich eine stabile, solidarische und bunte Nachbarschaft aufgrund der rasanten Entwicklung erst noch finden muss, ist eine bekannte Ansprechperson, die dauerhaft vor Ort ist, umso wichtiger. In anderen, länger gewachsenen Stadtteilen, wie z. B. der Waldstadt, sind über die Jahre zivilgesellschaftliche Netzwerke entstanden, die diverse Funktionen einer Stadtteilkoordination bereits übernommen haben (s. Historie Waldstadt). In Bornstedt ist das noch nicht der Fall.

Die Stadtteilkoordination Bornstedt hat seit ihrem Bestehen 2017 viele Ziele erreicht, Entwicklungen angestoßen und Veränderungen bewirkt. Sie hat

- mit dem Stadteilladen Bornstedt einen Ort der Begegnung geschaffen, etabliert und weiterentwickelt
- die Organisation von Großveranstaltungen im Stadtteil (zum Beispiel Stadteilfeste, Bornstedt Open Air) professionalisiert
- eine Bedarfsanalyse in Form einer groß angelegten Nachbarschaftsumfrage organisiert und durchgeführt
- zusammen mit der FH Potsdam die Bornstedter Sommerkneipe als Ehrenamtler*innenprojekt ins Leben gerufen und weiterentwickelt
- den Bornstedter Adventsmarkt ins Leben gerufen und organisiert
- mit den "Bornstedt-News", der Homepage der Stadteilarbeit und dem Newsletter eine Öffentlichkeit für stadtteilspezifische Themen geschaffen
- eine Nominierung für den Deutschen Nachbarschaftspreis bekommen (2020)
- in Zeiten von Covid-19 über 100 PCs und Laptop aufgearbeitet und diese für Homeschooling zur Verfügung gestellt
- zweimal das Bürgerbudget für den Potsdamer Norden (Sozialraum II) verwaltet und organisiert
- das Projekt "Digital-analoger Geschichtspfad für Bornstedt" initiiert (angedockt bei Smart-City)
- dreimal den Bornstedter Fotowettbewerb ausgelobt und organisiert
- den Prozess zur Bildung einer Stadtteilvertretung für Bornstedt angeschoben und begleitet.

In Bornstedt sind also durch das Wirken der Stadtteilkoordination viele Dinge angestoßen worden, von denen zum derzeitigen Zeitpunkt einige wegfallen oder einbrechen, wenn es keine Stadtteilkoordination vor Ort mehr geben würde. Aus dem Stadteilladen heraus ließen

sich zukünftig viele Dinge nicht mehr organisieren, da das Team im Laden mit dem laufenden Betrieb der Einrichtung bereits an der Kapazitätsgrenze ausgelastet ist.

- Das Stadtteilstfest würde nur noch in einer stark dezimierten Form stattfinden können, da der organisatorische Aufwand durch die Ehrenamtlichen nicht allein zu tragen wäre (bzw. müsste sich hier erst etwas Neues entwickeln).
- Der Bauprozess der Stadtteilschule (Gymnasium) könnte für das Stadtteilzentrum nicht inhaltlich begleitet werden.
- Die Anzahl der Veranstaltungen im Stadteilladen (Lesungen, Vorträge etc.) würde sich verringern.
- Die produktive Kooperation zur Fachhochschule und anderen Einrichtungen würde weniger werden.
- Es würde keinen Adventsmarkt mehr geben.
- Es würden keine niedrigschwelligen Trödelmärkte mehr geben.
- Es würde keine Pop-Up-Kneipe (Sommerkneipe, Stadtteilfrühstück...) in Bornstedt mehr geben.
- Die Öffnungszeiten des Stadteilladens müssten reduziert werden.
- Die sich im Aufbau befindliche Stadtteilvertretung Bornstedt (Stadtteilforum) hätte keine logistische und administrative Unterstützung mehr.
- Das Bürgerbudget Potsdam wird nicht mehr für Bornstedt verwaltet und würde nicht mehr im Stadtteil ankommen.
- Die Einwohner*innen würden sich bei kleinen Fragen direkt an die Verwaltung wenden (und somit einen höheren Arbeitsaufwand produzieren).
- Das entstandene Netzwerk würde langsamer wachsen und an vielen Stellen ausdünnen.
- Es würden vorerst keine neuen Formate nachbarschaftlichen Zusammenkommens entstehen.
- Der aufgebaute Informationsfluss zu Veranstaltungen, Bornstedter Themen und Entwicklungen würde sich signifikant verringern.

3.2. Evaluierung – Waldstadt

In den letzten zweieinhalb Jahren wurden die von der Trägergemeinschaft gesetzten Ziele erfüllt. Es wurden viele Prozesse angestoßen und Synergien zwischen Bewohner*innen und den in der Waldstadt ansässigen Unternehmen sowie sozialen und kulturellen Trägern geschaffen, die es ohne die Arbeit der Stadtteilkoordinatorin in dieser Form nicht gegeben hätte. Die Stadtteilkoordination hat

- die vierteljährlichen Treffen der Trägergemeinschaft und des Netzwerks EINE Waldstadt organisiert und moderiert,
- sich in der Arbeitsgruppe für neue kulturpolitische Strategien, AG Stadtentwicklung und Kultur- und Kreativwirtschaft eingebracht,
- regelmäßige Sprechstunden für Bürger*innen telefonisch, online und an verschiedenen Standorten in der Waldstadt angeboten,
- die Organisation von Großveranstaltungen im Stadtteil professionalisiert sowie parteipolitisch und konfessionell unabhängig gemacht, um mehr Bewohner*innen im Stadtteil anzusprechen, darunter 3 Stadtteilstefte für die Waldstadt (2022, 2023, 2024), die mit je 25 Akteur*innen und mehr als 1000 Besucher*innen ein voller Erfolg waren und einen Polittalk am 18. März 2023 umgesetzt,
- einen Lebendigen Adventskalender für die Waldstadt ins Leben gerufen und weiterentwickelt (2023, 2024),
- zahlreiche Veranstaltungen unterstützt, wie z. B. Waldstadt Tag & Nacht (eine Art Tag der offenen Tür aktiver Einrichtungen), den Waldstädter Laternenumzug, den Frühjahrsputz der Bürgerinitiative Bürger für WALDstadt und die Fête de la Musique,
- den Prozess zur Bildung einer Stadtteilvertretung für Waldstadt angeschoben und begleitet,
- das Bürgerbudget 2023 für den Potsdamer Süden (Sozialraum VI) verwaltet und organisiert,
- mit www.potsdamwaldstadt.de eine Website für den Informationsaustausch für Anwohner*innen der Waldstadt erstellt,
- ein Logo für das Netzwerk EINE Waldstadt entwickelt,
- sich aktiv in die AG Stadtteilkoordination des Bereiches 395 Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit eingebracht,
- durch Netzwerkaktivitäten und die Gründung der Bürgerinitiative „Waldstadt Visionen“ angeregt, die das Ziel verfolgt, Ideen für die bauliche und soziale Entwicklung des Stadtteils zu sammeln und in der Verwaltung einzubringen

Wie aus der obigen Liste ersichtlich wird, spielt die Stadtteilkoordination eine wichtige Rolle in der sozialen und kulturellen Entwicklung der Waldstadt I und II. Ohne sie würde der Austausch zwischen den Netzwerkpartner*innen signifikant zurückgehen. Wichtige Synergieeffekte gingen verloren und viele Veranstaltungen in der Waldstadt fänden nicht oder in stark reduzierter Form statt.

- Das Netzwerk EINE Waldstadt würde weniger in den Austausch untereinander und mit den Anwohner*innen gehen und dementsprechend ausdünnen.
- Das Stadtteilst fest würde durch den Wegfall der Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie fehlende Neutralität deutlich weniger Zulauf haben oder sogar ausfallen.
- Die Website www.potsdamwaldstadt.de könnte nicht weiter unterhalten werden. Eine wichtige Informations- und Identifikationsplattform würde somit verloren gehen.
- Die Anzahl gemeinnütziger Veranstaltungen in der Waldstadt würde aufgrund mangelnder Koordination und Öffentlichkeitsarbeit zurückgehen.
- Der Lebendige Adventskalender sowie die Fête de la Musique würden nicht mehr in der Waldstadt stattfinden.
- Es würden vorerst keine neuen Formate nachbarschaftlichen Zusammenkommens entstehen.
- Es würden keine offenen Sprechstunden mehr stattfinden, was einen höheren Arbeitsaufwand der Verwaltung prognostiziert, da sich Anwohner*innen direkt an die Verwaltung wenden würden.
- Die Entwicklung einer Stadtteilvertretung für die Waldstadt würde keine logistische und administrative Unterstützung mehr bekommen.

4. Weitere Entwicklungsperspektiven

4.1. Stadtteilkoordination Bornstedt

Eine Verstärkung der Stadtteilkoordination Bornstedt in freier Trägerschaft würde in der Zukunft verschiedene neue Projekte im Stadtteil ermöglichen. Dazu zählt unter anderem der sukzessive Ausbau des geplanten Stadtteilzentrums im Dalton Gymnasium (geplante Eröffnung 2027) zum kulturellen und sozialen Mittelpunkt des Stadtteils.

Des Weiteren würde die Stadtteilkoordination die dringend benötigte Weiterführung und den Ausbau des in den letzten Jahren entstandenen Netzwerks hin zu einem Netzwerk der Vereine und Initiativen nach dem Vorbild des Stadtteilnetzwerks Potsdam West vorantreiben. Die Fortführung bestehender kultureller Angebote im Stadtteilladen und außerhalb (Stadtteilst fest, Sommerkneipen, Stadtteilfrühstücke, Trödelmärkte etc.) wäre gesichert und die

Etablierung neuer Veranstaltungsformate (z. B. thematische Stammtische, Straßenfeste, Sportevents, Angebote für Kinder und Jugendliche) könnte mit langfristiger Perspektive angegangen werden.

Ebenso würde die Begleitung und die strukturelle Unterstützung einer Stadtteilvertretung in Bornstedt (das Stadtteilforum in Gründung) hier für Kontinuität sorgen und den Aufbau dieser neuen Struktur der Mitbestimmung im Stadtteil vorantreiben.

Die Schaffung von Identitätsankern in Bornstedt z. B. über Geschichte, Sport und Kunst würde in eine neue Phase übergehen und aus einem zum Teil neuen, noch unpersönlichen Stadtteil einen lebenswerten Stadtteil mit Kiezcharakter machen. Der Geschichtspfad Bornstedt, welcher über das Smart-City Projekt mitfinanziert wird, soll ab 2025 konkrete Formen annehmen und kann als Baustein auf diesem Weg verstanden werden.

Auch die Begleitung von Bau- und anderen Vorhaben der Stadtverwaltung in Bornstedt und die Vermittlung zwischen Teilen der Verwaltung und den Bewohner*innen des Stadtteils wären abgesichert. Schließlich würde die LHP damit eine Schnittstelle zwischen Stadt und Stadtteil auf Dauer erhalten.

4.2. Stadtteilkoordination Waldstadt

Eine Verstetigung der Stadtteilkoordination Waldstadt in freier Trägerschaft würde eine langfristige Aufwertung des Stadtteils nach innen und nach außen durch kontinuierliche Vernetzungsarbeit, die Koordinierung und Unterstützung kultureller und sozialer Angebote, das Unterstützen von Initiativen und das Ermitteln von und Reagieren auf Bedarfe im Stadtteil ermöglichen.

Konkret heißt das: Durch eine Verstetigung der Stadtteilkoordination Waldstadt könnte das bestehende Netzwerk EINE Waldstadt langfristig gestärkt und erweitert werden. Die demokratische Beteiligung der Bürger*innen im Stadtteil könnte nachhaltig durch die Umsetzung neuer Beteiligungsformate, wie z. B. die Workshops zur Gründung einer Stadtteilvertretung gefördert werden. In diesen Workshops sollen Bürger*innen aktiv in die Gestaltung ihres Stadtteils eingebunden werden mit dem Ziel, eine Plattform zu schaffen, auf der die Anliegen und Interessen der Bewohner*innen gehört und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die Stadtteilkoordination könnte der Waldstadt weiterhin auf städtischer Ebene eine Stimme geben und ihre Interessen durch die Teilnahme an verschiedenen Arbeitskreisen und Gremien, z. B. der AG Stadtteilkoordination, den Planungsgruppen für Veranstaltungen, der Konzeptgruppe Stadtteilvertretung, dem RAK Waldstadt und KulturMachtPotsdam vertreten. Damit wäre sichergestellt, dass die Perspektiven und Bedürfnisse der Waldstadt in übergeordneten Diskussionen und Planungen berücksichtigt werden.

Die Stadtteilkoordination könnte den Online Auftritt der Waldstadt (Website und Social Media-Kanäle) als neutrale Kommunikation- und Informationsplattform weiter ausbauen, um zum einen die vielfältigen sozialen und kulturellen Angebote im Stadtteil für die Bewohner*innen sichtbar zu machen und zum anderen über Neuigkeiten und wichtige Entwicklungen zu

informieren. Sie könnte langfristige Kommunikationsstrategien entwickeln, um die Reichweite des Netzwerks zu erhöhen.

Die Verstetigung der Stadtteilkoordination Waldstadt ist von zentraler Bedeutung, um die positiven Entwicklungen im Stadtteil weiterzuführen und den Zusammenhalt der Gemeinschaft und des Netzwerks EINE Waldstadt zu stärken. Die Stadtteilkoordination leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vernetzung der Akteur*innen, zur Förderung der Bürgerbeteiligung und zur Gestaltung eines lebendigen, sozialen und kulturell vielfältigen Stadtteils. Eine Verstetigung der Stelle ist unabdingbar, um auch in den Folgejahren gemeinsam mit den Bewohner*innen, Akteur*innen und der Stadtverwaltung die Waldstadt weiter voranbringen zu können.

Zusammenfassung

Wie im obenstehenden Text geschildert, haben die Stadtteilkoordinationen für Bornstedt und Waldstadt seit Projektstart vieles erreicht.

Im Fokus der Arbeit der Stadtteilkoordination stehen in beiden Stadtteilen demokratische Bürgerbeteiligung, die Präsentation der lokalen Vielfalt und die Förderung von Kultur. Durch intensive Netzwerkarbeit, Bedarfsanalysen, die Anregung von Initiativen und Kooperationen sowie die Koordinierung und Unterstützung von Veranstaltungen in den Stadtteilen – Arbeit, die die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser aus Kapazitätsgründen nicht allein leisten können – haben die Stadtteilkoordinator*innen in den vergangenen Jahren diverse wegweisende Projekte auf den Weg gebracht.

Sie haben sich als ein zentrales und vielseitiges Instrument etabliert, um das Zusammenleben und den Zusammenhalt in den Nachbarschaften der jeweiligen Stadtteile nachhaltig zu fördern. Sie sind die Schnittstelle zwischen Bewohner*innen, lokalen Organisationen und Akteur*innen und der Stadtverwaltung und tragen maßgeblich dazu bei, die Bedürfnisse und Anliegen der Bürger*innen zu verstehen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Bei einem Ende des Modellprojektes würden Teile des Erreichten nicht mehr aufrechterhalten werden können. Das würde zu Rückschritten in der Entwicklung einer lebendigen Nachbarschaft in der Waldstadt und in Bornstedt führen.

Jetzt gilt es, das Erreichte zu erhalten und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Auch wenn die Struktur beider Stadtteile, sowie die Bedarfe der Bewohner*innen mitunter unterschiedlich sind, am Ende steht ein gemeinsames Ziel: die Verbesserung der Lebensqualität im jeweiligen Stadtteil. Auch wenn die Modellphase der Projekte ausläuft, so können sie bei einer Verstetigung auch in Zukunft als Modell und als Inspiration für andere Stadtteile fungieren.

Anhang

Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit
der Landeshauptstadt Potsdam

Konzept “Stadtteilarbeit in Potsdam” des Arbeitskreises
der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser





Landeshauptstadt
Potsdam



Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit der Landeshauptstadt Potsdam

Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0172



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit der Landeshauptstadt Potsdam

Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0172

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich für Soziales, Gesundheit, Jugend und Ordnung...
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Bereich Wohnen
Ansprechpartner: Gregor Jekel

Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Gregor Jekel, Bereich Wohnen

unter Mitwirkung der Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam

Fotos:

Eingang Rathaus, Landeshauptstadt Potsdam / Hermann&Schlicht (Titelseite)
Rathaus Detailansichten, Landeshauptstadt Potsdam / F. Daenzer (Titel- und Rückseite)

Stand: August 2018

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Bestandsaufnahme	7
2.1.	Der Stadtteilbegriff in der Landeshauptstadt Potsdam	7
2.2.	Die Rolle der Verwaltung in der Stadtteilarbeit	10
2.3.	Stadtteilkonzepte	11
2.4.	Segregation und sozialräumliche Polarisierung	12
2.5.	Fazit der Bestandsaufnahme	16
3.	Zielstellungen	17
3.1.	Hauptziel: Stadtteilentwicklung für ganz Potsdam neu organisieren	17
3.2.	Teilziele: Nutzerorientierung, Koproduktion, Innovation	18
3.2.1.	Nutzerorientierte Stadtteilkonzepte	18
3.2.2.	Koproduktive Stadtteilarbeit	18
3.2.3.	Innovation und Erprobung	20
4.	Maßnahmen	20
4.1.	Kurzfristige Maßnahmen	20
4.1.1.	Fortsetzung und Weiterentwicklung des etablierten Modells der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser	20
4.1.2.	Abstimmungsrunden und einheitliche Verfahrensweise im Umgang mit Zuwendungen	21
4.1.3.	Zuwendungsrichtlinien harmonisieren	21
4.1.4.	Studie zur Nachbarschaftskartierung	22
4.1.5.	Zusammenarbeit mit Wohnungseigentümern	22
4.2.	Mittelfristige Maßnahmen	24
4.2.1.	Stadtteilpräsenz der Verwaltung ausbauen	24
4.2.2.	Bündelung von Aufgaben und Ressourcen der Stadtteilarbeit	25
4.2.3.	Regelmäßige Stadtteilkonferenzen	26
4.3.	Langfristige Maßnahmen	26
4.3.1.	Trägerschaften der Stadtteilarbeit überprüfen	27
4.3.2.	Sukzessive flächendeckende Umsetzung von Stadtteilarbeit	27
4.3.3.	Beirat für Stadtteilarbeit	28
5.	Quellen	28

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam werden die Ergebnisse eines Prüfauftrags der Stadtverordnetenversammlung vom 29.3.2017 umgesetzt. Mit Beschluss 17/SVV/0172 wurde die Verwaltung damit beauftragt, im Rahmen einer neuen Gesamtbetrachtung zu prüfen, wie die Stadtteilarbeit in Potsdam angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt auf hohem Niveau verstetigt werden kann. Die Prüfung sollte stadtteilspezifische bestehende Strukturen betrachten, Bedarfe ermitteln, Handlungsempfehlungen aussprechen und Aufwände beziffern. Dabei war auch zu prüfen, wie der Wegfall der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt kompensiert werden kann.

Als Herausforderungen, mit denen die bestehenden Strukturen unter anderem der Ehrenamts- und Stadtteilarbeit konfrontiert sind, wurden das Wachstum der Stadt und dabei insbesondere die Entstehung neuer neuer Wohnquartiere sowie der Zuzug von Geflüchteten genannt.

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung wurde vom zeitnahen Auslaufen von förderfähigen Maßnahmen in den Potsdamer Programmkulissen der Sozialen Stadt; insbesondere im Gebiet „Am Schlaatz“ ausgegangen. Um auch langfristig eine gute und umfassende Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam zu sichern, sollten daher auch Überlegungen zur Verstetigung der Stadtteilarbeit in den bisher aus der Städtebauförderung finanzierten Gebieten angestellt werden, auch wenn sich aktuell abzeichnet, dass mit einem neuen Handlungsansatz der Gebietsentwicklung eine Verlängerung der Städtebauförderung für das Gebiet „Am Schlaatz“ einher gehen könnte.

Für die Erarbeitung des Konzepts wurde die Zuständigkeit im Bereich Wohnen festgelegt. Zur Vorbereitung des Konzepts wurde eine Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit gebildet. Der Bereich Wohnen dankt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe (Michael Kroop, Fabian Dübner, Dieter Lehmann und Nils Jonas) sowie zahlreichen weiteren Gesprächspartnern für die Unterstützung bei Konzepterstellung.

Bei der Entwicklung von Stadtteilen stehen teils baulich-funktionale Anforderungen wie auch Prozesse der Beteiligung und Einbindung von Bevölkerung und Interessensgruppen an der Stadtteilentwicklung im Mittelpunkt. Die Aufgabe umfasst aber auch die soziale Integration, die sich insbesondere in der Verteilung und Entwicklung der Einkommen, der Wohnressourcen, des Zugangs zu Bildung und Kultur sowie zu gesellschaftlicher Teilhabe unter den Wohnhaushalten in ihrer räumlichen Konzentration oder Verteilung dieser Ressourcenzugänge abbildet. Für ein ausgewogenes Zusammenleben und -wohnen in den Stadtteilen kann dies je nach konkreter Anforderung vor Ort zu kommunalen Aktivitäten zur Vermeidung, Bewältigung oder Überwindung von sozialräumlichen Disparitäten führen.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat seit dem Jahr 2000 einen Bevölkerungszuwachs von 22,5 Prozent erfahren. Der Zuwachs war – wenn er auch teilweise die Gemeindegebietsreform des Jahres 2003 zurückzuführen ist – so stark wie in keinem Landkreis und keiner kreisfreien Kommune Deutschlands in diesem Zeitraum.¹ Das Wachstum führt unter anderem zu einem Bedarf an Wohnraum, den ein wachsender Anteil der Bevölkerung und insbesondere einkommensschwache Haushalte inzwischen nicht mehr in als angemessen anerkannter Weise decken können. Auch hat die Zahl der Haushalte, die über keine eigene Wohnung verfügen, stark zugenommen. Ein weiterer Effekt der angespannten Wohnungsmarktsituation ist die sehr niedrige Fluktuation im Wohnungsbestand, weil es an Angeboten fehlt, die einen Wohnungswechsel attraktiv erscheinen lassen. Zu den Folgen zählt vor allem eine sehr starke soziodemographische Segregation mit einer hohen Konzentration von Haushalten mit geringem Einkommen und / oder hohem Altersdurchschnitt in Stadtteilen mit Beständen des Wohnungsbaus der DDR. In den Gebieten der Stadterneuerung und Stadtentwicklung konnte bislang nur in geringem Maße eine ausgewogene, an den verschiedenen Bedarfsgruppen orientierte Erweiterung des Wohnungsbestands erreicht werden. Dort entstanden und entstehen nach wie vor überwiegend Angebote für Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Die Folgen für die Lebenssituation der Haushalte können vor allem in Stadtteilen erheblich sein, in denen sich Haushalte mit multiplen sozialen Problemlagen konzentrieren. Der Wohnort kann dadurch zu einer eigenständigen Quelle sozialer Benachteiligung werden. Diese kann sich beispielsweise in beschränkten Informations- und Kontaktmöglichkeiten der Bewohnerschaft ausdrücken. Das gilt insbesondere, wenn diese Kontaktmöglichkeiten, wie beispielsweise bei Jugendlichen, stark lokal orientiert sind und damit auf Grund der sozialen Homogenität der Bewohnerschaft mit einer Einschränkung der Erfahrungswelt in Bezug auf soziale Rollen (z.B. Erwerbstätigkeit, regelmäßiger Schulbesuch etc.) und gesellschaftliche Normen verbunden sind.

Besonders prägnant sind die Auswirkungen sozialer Segregation im Bildungssystem. Wenn ein hoher Anteil von Elternhaushalten einer Schule aufgrund von Notlagen ihrer Erziehungsaufgabe nicht mehr gerecht werden kann, beeinflusst das die Entwicklungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen im Einzugsgebiet von Kitas und Schulen.

Die Folgen sozialer Segregation können bis zur Stigmatisierung ganzer Adressbereiche und der Verringerung von Berufs- und Teilhabechancen ihrer Anwohnerschaft reichen. Die Bewohnerschaft dieser Stadtteile gerät, sofern sie nicht eigenständig den Wohnort wechseln kann, in einen Kreislauf der Exklusion, der aus eigener Kraft kaum mehr zu durchbrechen ist.

Aktives ebenso wie ausbleibendes kommunales Handeln beeinflusst und verändert permanent die Zusammensetzung der Bewohnerschaft in den Stadt- und Ortsteilen sowie deren

¹ <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Service/Medien/2017/2018-deutschland-waechst.html>,
aufgerufen am 24.4.2018

Lebensverhältnisse. Entscheidungen der Verwaltung über Fragen der Flächennutzung oder über die Höhe der angemessenen Kosten der Unterkunft beeinflussen beispielsweise die Zusammensetzung der Bevölkerung vor Ort. Die Lebensqualität in den Stadtteilen hängt nicht zuletzt von Entscheidungen über die Schaffung, den Erhalt oder die Schließung von öffentlicher Infrastruktur vor Ort ab.

In Kenntnis und in Folge dieser Entwicklung gibt es unterschiedliche kommunalpolitische Handlungsbedarfe:

- *Vermeidung von sozialräumlicher Segregation und Polarisierung*, z.B. durch Bereitstellung von Wohnraum und sozialen Angeboten für verschiedene Zielgruppen, Schaffung von Angeboten für ehrenamtliches Engagement und Nachbarschaftsinitiativen
- *Bewältigung von sozialräumlicher Segregation* z.B. durch zielgruppengerechte Angebote an Wohnraum, Infrastruktur, Beratung und Betreuung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf und Aktivierung ihrer Bewohnerschaft
- *Überwindung sozialräumlicher Segregation* unter anderem durch Schaffung von räumlich möglichst gleichmäßig verteilten Zugangsmöglichkeiten zu Wohnraum für verschiedene Einkommensgruppen.

Diese Handlungsbedarfe erfordern ein an teilträumlich differenzierten Bedarfen orientiertes, eine Vielzahl von Aufgabenfeldern im strategisch-planerischen, baulich-infrastrukturellen und gemeinwesenorientiert-nutzerbezogenen Spektrum umfassendes kommunales Handeln. Damit wird ein Handlungsansatz umrissen, mit dem

- kommunale Ressourcen gezielt – das heißt geplant, gebündelt und aufeinander abgestimmt – stadtteilbezogen eingesetzt,
- gebietsbezogene Prozesse in die gesamtstädtische Entwicklung eingebettet –also in Bezug zur integrierten Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam gesetzt,
- eine handlungsfeld- und hierarchieebenenübergreifende Arbeitsweise der Verwaltung als Ergänzung zum etablierten, an klassischen Managementmodellen orientierten Organisationsprinzip der Landeshauptstadt Potsdam aufgebaut und
- ein breites Akteursspektrum jenseits der Verwaltung beteiligt bzw. für eine Mitwirkung gewonnen werden

können.²

Für die Strukturierung und Management solch eines integrierten Ansatzes der Stadtteilarbeit kommen auf organisatorischer Ebene insbesondere

- die Etablierung von Gebietsbeauftragten innerhalb der Verwaltung, die die Bündelung von Ressourcen, die vor Ort eingesetzt werden sollen, koordinieren und die Vermittlung zwischen stadtteilbezogenen und gesamtstädtischen Entwicklungszielen organisieren,

2 In Anlehnung an Franke 2002

- die Bildung von Stadtteilmanagements, das die stadtteilbezogene Vernetzung und Koordination von Akteuren vor Ort übernimmt, die Mitwirkung der Bewohnerschaft an der Entwicklung ihres Stadtteils fördert und als Mittler zwischen Belangen der Bewohnerschaft und den gesamtstädtischen Zielen fungiert, und
- die (räumliche) dezentrale Bereitstellung von Leistungen und Angeboten eines Teils der Fachverwaltungen je nach Bedarfen in den Stadtteilen

in Frage.

Viele Akteure, die in den Stadtteilen aktiv sind, agieren im Selbstverständnis, dies nicht (ausschließlich) im Auftrag der Kommune zu tun. Dies gilt – mit unterschiedlichen Motiven – insbesondere für die Trägerinnen der Freien Wohlfahrtspflege sowie andere gemeinnützige Organisationen, für die Eigentümer von Wohn- und Gewerberaum sowie für Nachbarschaftsinitiativen und Interessenvertretungen. Stadtteilarbeit ist insofern nicht alleine eine Aufgabe der Verwaltung. Im Sinne der Gemeinwesenarbeit wird damit vielmehr eine koproductive Arbeitsweise beschrieben, die nicht mehr (hauptsächlich) über Kunden-Dienstleister-Beziehungen zwischen Bewohnerschaft und Verwaltung einerseits und Verwaltung und sozialen Trägern andererseits erfolgt, sondern durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Akteuren gekennzeichnet ist. Dies ist in Abgrenzung von der Vergabe öffentlicher Leistungen vor allem dann möglich, wenn alle Beteiligten vor dem Hintergrund eines begründeten Eigeninteresses handeln und eigene Ressourcen für die Stadtteilarbeit bereitstellen können.

2. Bestandsaufnahme

2.1. Der Stadtteilbegriff in der Landeshauptstadt Potsdam

Sozial- und Planungsraum, Stadt- und Ortsteil, Gebietskulisse, Quartier und Nachbarschaft: es gibt eine ganze Reihe von Begriffen, die für Aufgaben mit (teil-)räumlichen Bezug in der Landeshauptstadt Potsdam genutzt werden:

- *Sozial- und Planungsräume* dienen in erster Linie als Ordnungsprinzipien einer sozialraumorientierten Leistungserfüllung z.B. für Aufgaben der regionalen Kinder- und Jugendhilfe;
- Sozial- und Planungsräume sind zusammen mit Stadt- und Ortsteilen sowie *statistischen Bezirken* wiederum Gebietskategorien, für die eine regelmäßige statistische Berichterstattung erfolgt. Sie kann Grundlage für die Beobachtung von soziodemographischen Prozessen und die Ermittlung von Handlungsbedarfen sein.
- Als *Ortsteile* werden jene Teilbereiche bezeichnet, die auf Grund von Gemeindegebietsreformen erst in jüngerer Vergangenheit zur Landeshauptstadt Potsdam hinzugekommen sind. Sie verfügen über formalisierte Gremien im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung (Ortsbeiräte).

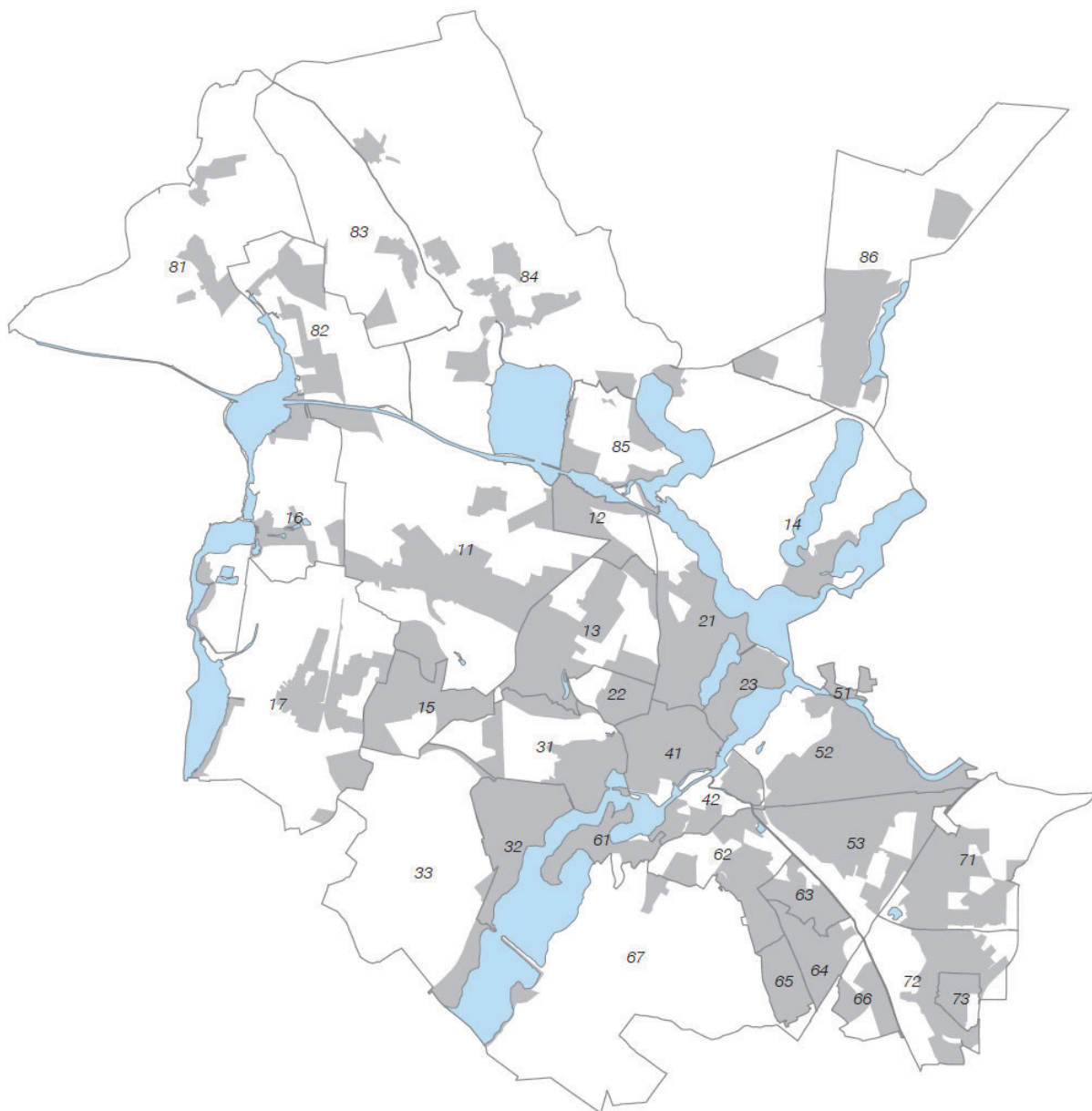
- *Gebietskulissen* gibt es im Zusammenhang mit Programmen der Städtebau- und Wohnraumförderung. Sie bestimmen den räumlichen Umgriff, innerhalb dessen bestimmte Förderbaumittel eingesetzt werden können, z.B. im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ für das Quartiersmanagement,
- Der *Quartierbegriff* wird unter anderem im Standortmarketing („Erlebnisquartier Schiffbauer Gasse“, „Cityquartier“) sowie im Zusammenhang mit der Koordinierung von Stadterneuerungsprozessen (Quartiersmanagement) verwendet.
- *Stadtteile* bilden in der „Kernstadt“ einen Orientierungsrahmen für lokale Identitäten und zivilgesellschaftliches Engagement (z.B. im Stadtteilnetzwerk Potsdam-West);
- *Nachbarschaften* bestehen aus in nahe beieinander liegenden Wohnungen lebenden Haushalten. Mit dem Ziel, stabile Nachbarschaften zu entwickeln, betreiben Wohnungsunternehmen Nachbarschaftstreffs. Nachbarschafts- und Begegnungshäuser sind soziale und kulturelle Zentren, die Raum für verantwortliches Mitmachen, bürgerschaftliche Selbsthilfe, kommunalen Informationsaustausch und gemeinschaftsstärkendes Engagement bieten.³

Die uneinheitliche Verwendung des Raumbezugs ist in vielen Fällen problematisch, ein Beispiel sind die Einzugsgebiete der im Bornstedter Feld derzeit diskutierten Stadtteilerrichtungen. Sie werden an den Bedarfen der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme ausgerichtet und darüber finanziert, ihre Nutzung wird sich aber an den Lebensräumen der Bewohnerschaft im gesamten Einzugsgebiet der Einrichtungen orientieren. Die uneinheitliche Begriffsverwendung kann selbst dort, wo es unproblematisch erscheint, etwa in den Ortsteilen und den Plattenbaugebieten, zu Abstimmungsproblemen und Missverständnissen führen: Die Gebietskulisse des Programms Soziale Stadt im Schlaatz ist z.B. nicht deckungsgleich mit dem Umgriff des statistischen Stadtteils. Und wenn von Krampnitz die Rede ist, ist damit der gleichnamige Ortsteil oder der Entwicklungsbereich im Ortsteil Fahrland gemeint?

³ <http://www.nachbarschaftshaeuser-potsdam.de>; aufgerufen am 24.4.2018

Abbildung 1: Die Stadtteile der Landeshauptstadt Potsdam

11 Bornim	31 Brandenburger Vorstadt	61 Templiner Vorstadt	81 Uetz-Paaren
12 Nedlitz	32 Potsdam West	62 Teltower Vorstadt	82 Marquardt
13 Bornstedt	33 Wildpark	63 Schlaatz	83 Satzkorn
14 Sacrow		64 Waldstadt I	84 Fahrland
15 Eiche	41 Nördliche Innenstadt	65 Waldstadt II	85 Neu Fahrland
16 Grube	42 Südliche Innenstadt	66 Industriegelände	86 Groß Glienicke
17 Golm		67 Forst Potsdam Süd	
21 Nauener Vorstadt	51 Klein Glienicke	71 Am Stern	
22 Jägervorstadt	52 Babelsberg Nord	72 Drewitz	
23 Berliner Vorstadt	53 Babelsberg Süd	73 Kirchsteigfeld	



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Im Sinne der Stadtteilarbeit ist die entscheidende Betrachtungsebene ohnehin eine andere: die Lebensräumen der Bewohnerschaft sind individuelle und greifen über die genannten Gebietskategorien hinaus. Stadt- und Ortsteile bilden insofern eine Grundlage, um sich den Lebensräumen der Bewohnerschaft zu nähern und diese in Verwaltungshandeln zu übertragen. Diese Stadt- und Ortsteile sind vielfältig. Die Aufgaben in der Stadtteilarbeit sind daher auch vielgestaltig und erfordern eine differenzierte Herangehensweise.

Handlungsbedarf: Angesichts der konkreten Auswirkungen von Entscheidungen durch Politik und Verwaltung auf die Lebensverhältnisse vor Ort bedarf es einer Überprüfung und ggf. Weiterentwicklung der räumliche Bezugsebenen im Verwaltungshandeln. Dabei muss der Lebensraumbezug der Stadt- und Ortsteilbewohnerschaft stärkere Berücksichtigung finden und die Begriffe eine einheitliche, präzise und transparente Verwendung erfahren.

2.2. Die Rolle der Verwaltung in der Stadtteilarbeit

In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es gute Voraussetzungen für die Umsetzung eines gesamtstädtischen Konzepts der Stadtteilarbeit, weil sehr gute kleinräumige Statistiken bereitstehen (vgl. Kap. 2.4). Zu jedem Stadtteil wird ein Set an Daten und Indikatoren öffentlich abrufbar verfügbar gehalten, aus dem sich bereits wichtige Hinweise zur Situation und zu den Handlungsbedarfen vor Ort ableiten lassen. In einzelnen Stadtteilen gibt es zudem bereits langjährige Erfahrungen mit der gemeinsamen regelmäßigen Analyse der Stadtteil- bzw. Orteilentwicklung durch Verwaltung und Akteure vor Ort. Dies gilt namentlich für die Programmgebiete des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“, mit dessen Hilfe unter anderem die strategische Zielsetzung für die Gebietsentwicklung (Integrierte Entwicklungskonzepte), die Steuerung des Fördermitteleinsatzes und die Einbindung der Akteure vor Ort (Quartiersmanagement) erfolgen.

Eine wesentliche Erkenntnis aus dem Förderprogramm Soziale Stadt ist, dass Stadtteilarbeit nur auf Grundlage einer engen Kooperation der Verwaltung mit Akteuren im Stadtteil gelingen kann. Dazu zählen beispielsweise die Eigentümerinnen von Wohn- und Gewerberäumen, soziale Träger, Bildungseinrichtungen, Interessenvertretungen und nicht zuletzt die Bewohnerschaft. Von besonderem Interesse für eine erfolgreiche Arbeit im Stadtteil ist daher, wie die Rolle der Landeshauptstadt Potsdam in der Nachbarschaftsarbeit von den Kooperationspartnern und Trägerinnen der Nachbarschaftsarbeit wahrgenommen wird. Im Rahmen der strukturierten Neuausrichtung der unternehmensbezogenen Aktivitäten der ProPotsdam im Quartiersmanagement wurde die Rolle der ProPotsdam aus Sicht der verschiedenen Akteursgruppen erhoben. Beschrieben werden von dort

- *unklare Aufgabenstellung* und Entscheidungswege für das Quartiersmanagement,
- eine *nicht an den Praxisbedarfen ausgerichtete Organisationsstruktur*, in der die verschiedenen Geschäftsbereiche ohne eine gemeinsame Steuerung und Vernetzung agieren,
- *fehlende Anlaufstellen* für stadtteilbezogene Belange aus der Bewohnerschaft,

- *geringe Ressourceneffizienz* durch das Vorherrschen von Spartenfinanzierungen in Verbindung und mangelnde personelle Ressourcen auf Seiten der Verwaltung,
- eine zum Teil *zu geringe Grundfinanzierung* für Angebote der Träger in den Stadtteilen und
- eine *fehlende gemeinsame Einschätzung* der verschiedenen Beteiligten über die Situation und zu den Bedarfen in den Potsdamer Stadtteilen.

Von Seiten der Verwaltung wurde zum letzten Punkt eingeschätzt, dass die Situation und die Bedarfe in den Programmgebieten der Sozialen Stadt (Stern / Drewitz und Schlaatz) im Zuge der Programmdurchführung erhoben und regelmäßig aktualisiert werden. Für Fragen zu einzelnen Bereichen innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam wurde weiterhin eingeschätzt, dass die sich durch

- praktische Berührungspunkte (z.B. finanzielle Förderung, Anträge etc.),
- Anträge und Anfragen aus dem politischen Raum und
- Anfragen und Themen aus der Zivilgesellschaft zur Entwicklung ihrer Stadtgebiete

ergebende Zusammenarbeit gut funktioniert. Dies beruht aber bislang nicht auf einer entsprechenden Organisation der Arbeitsprozesse, sondern auf guten Kontakten auf Arbeitsebene und auf dem anlassbezogenen Informationsaustausch auf kurzem Dienstweg. Die Verwaltungsstruktur bildet die Arbeitszusammenhänge hingegen nicht ab. Derzeit führen verschiedene Organisationseinheiten, die über drei Geschäftsbereiche (GB) der Landeshauptstadt Potsdam verteilt sind, Aufgaben der Stadtteilarbeit aus.

Handlungsbedarf: Etablierung und regelmäßige Überprüfung von Strukturen und Prozessen, mit denen künftig ein einheitliches Verwaltungshandeln über die fachlichen Zuständigkeiten hinaus in den Stadtteilen erreicht werden kann.

2.3. Stadtteilkonzepte

Eine systematische und flächendeckende Analyse der Stadtteile als Grundlage dieses Konzepts war angesichts zeitlicher Vorgaben und bereit stehender Ressourcen nicht möglich. Es gibt aber eine Reihe von Stadtteilen, für die bereits eine Rahmenplanung vorliegt, die solch eine Analyse enthält und auch Entwicklungsziele für den Stadtteil beschreibt. Dies sind insbesondere

- Stadtteile, die Gebietskulissen der Städtebauförderung beinhalten: dazu zählen bspw. die Stadtteile Stern / Drewitz, Schlaatz (jeweils Soziale Stadt) und Babelsberg (Sanierungsgebiete Babelsberg Nord / Süd);
- Stadtteile mit weiteren Maßnahmen des besonderen Städtebaurechts: dazu zählen bspw. die Stadtteile Bornstedt (Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld), Fahrland (Entwicklungsmaßnahme Krampnitz) und in der Innenstadt (Sanierungsmaßnahme Potsdamer Mitte);

- Stadt- und Ortsteile, für die eine Rahmenplanung („Masterplanungen“) erstellt wurde: dazu zählt bspw. Golm.

Diese Konzepte sind in der Regel „integriert“, indem sie ressort- und fachübergreifend Aussagen zur Entwicklung des Stadtteils treffen. Insbesondere die Konzepte, Planungen und formalen Verfahren in den Gebietskulissen des Besonderen Städtebaurechts sollen der Formulierung oder Konkretisierung der Gebietsziele zur Behebung struktureller, funktionaler oder sozialer Mängel und Missstände oder der Aktivierung von Entwicklungspotentialen dienen. Sie sind gleichzeitig Grundlage für die Erteilung von Genehmigungen.

Gebiets- und verfahrensbezogen ergeben sich in Bezug auf Stadtteilkonzepte unterschiedliche dadurch inhaltliche Schwerpunkte und Instrumente.

Handlungsbedarf: Diese Planungen sollen sukzessive einer Überprüfung hinsichtlich der Zielstellungen für Gemeinwesenarbeit, der Entwicklung von nachbarschaftlichen Aktivitäten und der Bereitstellung von sozialen Angeboten unterzogen werden. Auch eine Konkretisierung der Ziele für die Sozialstruktur in den bestehenden und neu zu entwickelnden Stadtteilen sowie ein Identifizieren von Stadtteilen ohne Konzeptgrundlage sind erforderlich.

2.4. Segregation und sozialräumliche Polarisierung

Das Maß der sozial ausgewogenen Stadtentwicklung kann durch Erhebung und Analyse soziodemographischer Kennzahlen beobachtet werden. Räumliche Segregation kann zur Bestimmung des Grades der gesellschaftlichen Integration bzw. Isolation herangezogen werden, indem die Verteilung der Bewohnerschaft nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen aufgezeigt wird. Merkmale, für die dies gilt und die ein zielgerichtetes und abgestimmtes Handeln der Landeshauptstadt Potsdam auf Stadtteilebene erfordern, sind beispielsweise die Anzahl der Kita- und Schulplätze sowie des barrierefreien oder senioren-gerechten Wohnungsangebots, aber auch der Anteil einer bestimmten Altersgruppe, eines Haushaltstyps oder von Bedarfsgemeinschaften im öffentlichen Leistungsbezug an der Stadtteilbewohnerschaft. In Potsdam gibt es bereits ein an den Durchschnittswerten der Gesamtstadt ausgerichtetes Stadtteilmonitoring, das für die Beobachtung von Stadtteilen und die Identifizierung von Handlungsbedarfen genutzt werden kann (vgl. als Beispiel Abb. 2).⁴

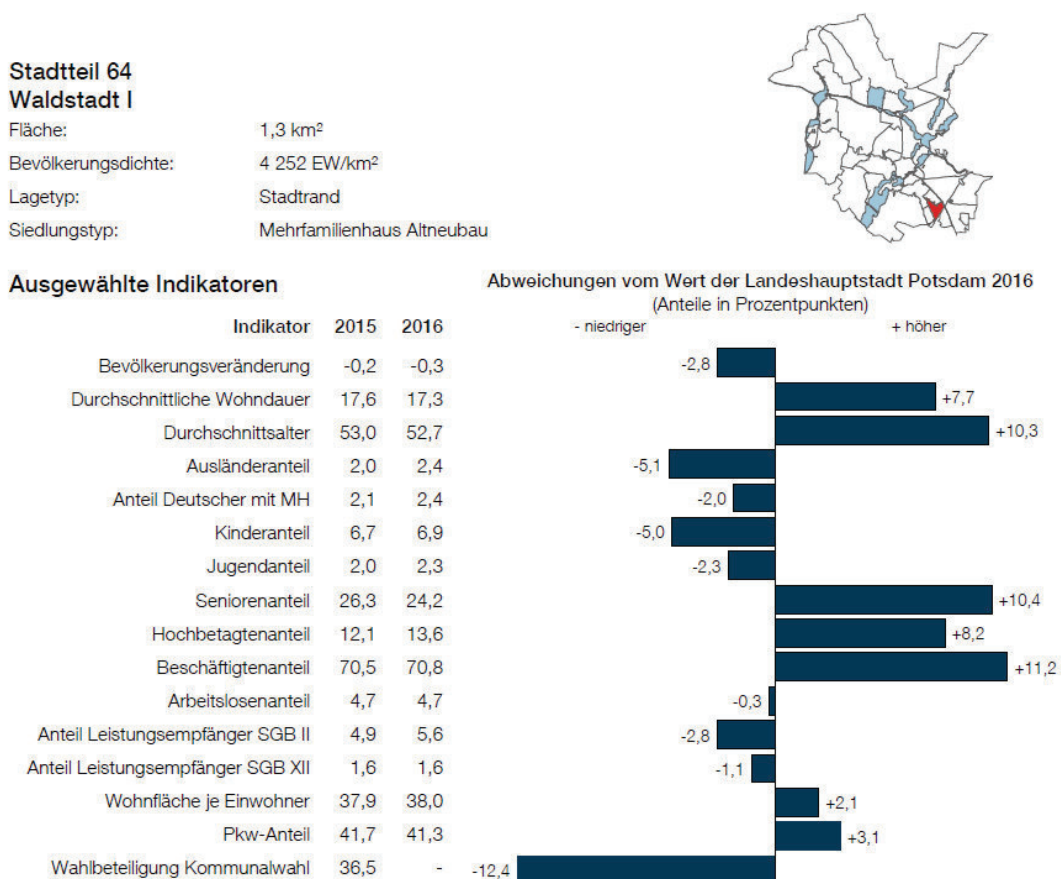
Das vorhandene Berichtswesen zur sozial-räumlichen Entwicklung macht bereits deutlich sichtbar, dass es sehr starke Unterschiede in der Infrastrukturausstattung und soziodemographischen Situation zwischen den Stadtteilen Potsdams gibt. Im interkommunalen Vergleich zählt Potsdam zu den Großstädten Deutschlands mit dem höchsten Ausmaß an sozialer Segregation. Auch die Dynamik der sozial-räumlichen Entwicklung ist im Städtevergleich besonders hoch: Von einem besonders geringen Segregationsindex in der Nachwendezeit

⁴ <https://www.potsdam.de/content/stadtteilkatalog-der-landeshauptstadt-potsdam>; aufgerufen am 24.4.2018

ausgehend fallen damit die baulich-infrastrukturelle Aufwertung und die sozial-räumliche Entmischung zeitlich zusammen.⁵

Eine sehr wichtige Kennzahl, die bereits im Zusammenhang mit dem Potsdamer Baulandmodell Verwendung findet, ist der Anteil an Haushalten im Stadtteil, die Transferleistungen erhalten.⁶ In einigen wenigen Stadtteilen liegt dieser Wert weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (vgl. Abb. 3).

Abbildung 2: Stadtteile im Blick 2016: Waldstadt I (Auszug)



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Statistik und Wahlen

Im Falle des Baulandmodells bedeutet dies, dass die Sozialstruktur im räumlichen Umgriff des Plangebiets in diesen Stadtteilen gegen die Schaffung weiterer Belegungsbindungen spricht, durch die der Anteil an Haushalten mit geringem Einkommen im Gebiet weiter steigen würde. Die weitere Zunahme der Konzentration von Mietpreis- und Belegungsbindungen auf wenige Stadtteile soll dadurch begrenzt werden. Weil der Versorgungsbedarf für Haushalte mit geringem Einkommen anhaltend hoch ist, ergibt sich zugleich daraus Bedarf für die Schaffung von Bindungen in anderen Stadtteilen.

⁵ Vgl. Helbig /Jähnen 2018

⁶ <https://www.potsdam.de/potsdamer-baulandmodell>, aufgerufen am 24.4.2018

Die Datenlage zur Beobachtung und Analyse kleinräumiger Entwicklungen ist sehr gut und ermöglicht der Verwaltung ein gezieltes Handeln. Es gibt jedoch bislang keine fachübergreifende Auswertung und Ableitung von Handlungsbedarfen in der Verwaltung. Es gibt keine verbindliche Festlegung über die Nutzung dieser Daten durch die Fachverwaltungen.

Handlungsbedarf: Systematische regelmäßige und bereichsübergreifende Auswertung der kleinräumigen statistischen Daten, Abgleich mit den Planungsgrundlagen und Ableiten von Handlungsbedarfen für die einzelnen Stadtteile.

2.5. Fazit der Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme hat gezeigt, dass es, wenngleich mit unterschiedlichen Zielstellungen, Handlungsbedarf für die Etablierung einer systematischen Stadtteilentwicklung gibt.

1. Dies gilt weiterhin, aber nicht ausschließlich in den derzeitigen Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ im Potsdamer Süden, die weiterhin durch einen hohen Anteil an Haushalten mit geringem Einkommen gekennzeichnet sind. Während städtebauliche und funktionale Defizite dort weitgehend behoben sind und die entstandene Bau- und Infrastruktur im verstetigten Regelbetrieb gesichert und weiterentwickelt werden kann, haben sich – im Zuge einer sich dynamisch verändernden Bevölkerungsstruktur in diesen Stadtteilen – die Anforderungen an eine auf die Bewohnerschaft der Stadtteile und ihre Bedarfe ausgerichteten Stadtteilarbeit verändert und vergrößert.
2. Zugleich werden die aus diesen Bedarfen abgeleiteten Maßnahmen Wechselwirkungen mit anderen Stadtteilen zeitigen, ganz praktisch z.B. durch die erforderliche vermehrte Bereitstellung von Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen im gesamten übrigen Stadtgebiet.
3. Insbesondere dort, wo aus der Bewohnerschaft noch Defizite in der Infrastruktur benannt werden, wie in den sich stark entwickelnden Stadtteilen in Potsdams Norden, zugleich aber auch eine hohe Bereitschaft aus der Bewohnerschaft heraus besteht, sich selbst einzubringen, bedarf es ebenfalls der Neujustierung kommunalen Handelns.
4. Der Bedarf nach integriertem Verwaltungshandeln umfasst schließlich auch Stadtteile, die wie Waldstadt I oder die Teltower Vorstadt derzeit keine sehr hohe Veränderungsdynamik erfahren, von denen aber beispielsweise bekannt ist, dass ihrer Wohnbevölkerung ein demographischer Umbruch oder eine durch große Bauvorhaben verursachte Änderung der Bevölkerungsstruktur bevorsteht oder bereits im Gange ist.

3. Zielstellungen

3.1. Hauptziel: Stadtteilentwicklung für ganz Potsdam neu organisieren

Mit diesem Konzept wird das Ziel verbunden, die Stadtteilentwicklung in Potsdam hinsichtlich organisatorischer und methodischer Aspekte neu aufzustellen und dies sukzessive für die gesamte Stadt umzusetzen.

Organisatorisch umfasst Stadtteilarbeit mehrere Schritte. Im Sinne einer wohnort- und nachbarschaftsbezogenen Steuerung kommunalen Handelns

- werden stadtteilbezogene Entwicklungsziele definiert. Diese werden unter anderem aus gesamtstädtischen Leitbildern und Entwicklungskonzepten „heruntergebrochen“;
- erfolgt daraus abgeleitet auf Stadtteilebene zunächst eine Analyse / Bestandsaufnahme von Ressourcen und Bedarfen unter Mitwirkung der Stadtteilbevölkerung als wesentlicher (künftiger) Nutzergruppe der kommunalen Leistungsangebote;
- mündet der Abgleich zwischen Bestand und erforderlichen Ressourcen zur Erreichung der stadtteilbezogenen Entwicklungsziele in der Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen und deren Umsetzung;
- findet eine regelmäßige Wirkungskontrolle unter Anwendung eines auf die Entwicklungsziele abgestimmten Stadtteilmonitorings statt.

Methoden, die in diesem Zusammenhang durch Stadtteilarbeit anzuwenden sind, können unter anderem die

1. analytisch-konzeptionelle Arbeit sowie die Organisation des Zielfindungsprozesses im Wesentlichen unter Mitwirkung der Bevölkerung und aller weiterer Interessenträger (Nutzerorientierung);
2. Koordination und Vernetzung der im Stadtteil vorhandenen Akteure (Ressourcenorientierung);
3. Planung und Steuerung der eingesetzten kommunalen Mittel (Umsetzungsorientierung);
4. Entwicklung und Erprobung von innovativen und modellhaften Ansätzen und Suche nach Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten (Lösungsorientierung);
5. regelmäßige Überprüfung der Zielerfüllung sowie ggf. die Anpassung der Ziele (Zielorientierung)

umfassen.

Empirische Studien zeigten, dass das Sozialkapital, also der Nutzen aus sozialen Netzwerken, sich nicht am sozialen Status des Quartiers festmachen lässt. Es bedarf daher einer Verständigung darüber, ob in Weiterentwicklung des Organisationsmodells der Landeshauptstadt Potsdam das Verwaltungshandeln stärker als bisher auf die Entwicklung der einzelnen Stadtteile ausgerichtet werden soll.

Dazu gehören kann

- das Erarbeiten von konzeptionellen Grundlagen für jeden Stadt- und Ortsteil der Landeshauptstadt Potsdam, in dem sowohl die gesamtstädtischen Zielsetzungen als auch die Perspektiven und Bedarfe der Nutzerinnen und Nutzer des Stadtteils aufgegriffen werden,
- die Dezentralisierung von Leistungen und Angeboten der Verwaltung durch das Etablieren von Gebietsteams je nach Schwerpunkten kommunalen Handelns in den jeweiligen Stadtteilen;
- die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts durch Bereitstellung von Stadtteilbudgets im Rahmen der kommunalen Haushaltsplanung auf Basis der bereits erfolgten sozialräumlichen Ansätze;
- die modulare Umsetzung der Bausteine von Stadtteilarbeit jeweils in Bezug auf die Erfordernisse vor Ort.

3.2. Teilziele: Nutzerorientierung, Koproduktion, Innovation

3.2.1. Nutzerorientierte Stadtteilkonzepte

Integrierte Konzepte liegen bereits für eine Reihe von Stadtteilen vor, sie wurden oder werden in der Regel im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Fördermitteln, z.B. als Integrierte Entwicklungskonzepte und Folgekonzeptionen („Verstetigungskonzept“) in den Programmgebieten, als in Sanierungsgebieten oder als Rahmenplanungen („Masterpläne“) in größeren zusammenhängenden Baugebieten wie Krampnitz und dem Potsdamer Norden aufgestellt. Den unterschiedlichen Anforderungen an die Konzepte folgend sind der Entstehungsprozess, die Inhalte hinsichtlich Handlungsfeldern und Darstellungstiefe sowie deren Verbindlichkeit sehr unterschiedlich.

Hier ist zunächst eine systematische Bestandsaufnahme bestehender Konzepte hinsichtlich fehlender bzw. unter Einbezug der Bewohnerschaft zu aktualisierender Handlungsfelder sowie von Stadtteilen mit fehlender konzeptioneller Grundlage erforderlich.

Auf Basis dieser Bestandsaufnahme werden zur Konkretisierung des Leitbildes zusammen mit der Bewohnerschaft der Landeshauptstadt Potsdam Zukunftsziele je Gebiet entwickelt („Stadtteil-Leitbild“). Zu prüfen ist zudem, inwieweit sich diese Stadtteilkonzepte strategisch als Grundlage zur Steuerung kommunaler Mittel genutzt werden können und ob der Mitteleinsatz in Teilen unter Mitwirkung der Bewohnerschaft erfolgen kann, z.B. in Form von Stadtteifonds oder durch Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts.

3.2.2. Koproduktive Stadtteilarbeit

Nachbarschaftliche Initiativen und Netzwerke sowie stadtteilbezogene Gremien gibt es in nahezu allen Stadt- und Ortsteilen Potsdams. Sie sind teils aus zivilgesellschaftlichem Enga-

gement, teils mit Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam entstanden. In einigen Fällen gibt es Gremien und Beiräte, die den Einsatz von investiven Mitteln begleiten (Bürgervertretungen, Stadtteilräte) und als Vermittler von Informationen in die Bewohnerschaft eines Stadtteils fungieren; schließlich gibt es in den Ortsteilen Gremien, die gemäß Hauptsatzung eigene Entscheidungs- und Beratungsbefugnisse haben (Ortsbeiräte). Die Vertretungen haben in unterschiedlichem Maße Zugang zu räumlichen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen.

Im Rahmen der Stadtteilarbeit wird überprüft, ob und ggf. wie im Sinne der Gleichbehandlung eine Annäherung der Beratungs- und Mitbestimmungsrechte für Vertretungen der Bewohnerschaft in den Potsdamer Stadtteilen erreicht werden kann. Unter anderem kann dadurch auch die Wirksamkeit demokratischer Beteiligung im System der kommunalen Selbstverwaltung stärker erfahrbar gemacht werden.

Themen, die auf Stadtteilebene durch die Landeshauptstadt Potsdam zu bearbeiten sind, orientieren sich nicht am Zuschnitt von Verwaltungseinheiten. Die Erfahrungen aus dem Programm Soziale Stadt zeigen, dass es hingegen häufig Aufgaben sind, die quer zur Zuständigkeit der Fachbereiche liegen. Ein zu prüfender Lösungsansatz liegt darin, den Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen der Fachbereiche stärker gebietsbezogen auszurichten und aufeinander abzustimmen. Der dezentralen Bereitstellung von Leistungen sowie aufsuchender Arbeit kommt dabei besondere Bedeutung zu, lebenslagenbezogen insbesondere im Umgang mit Familien, alleinerziehenden Haushalten und Personen mit eingeschränkter Mobilität, thematisch unter anderem in der Verknüpfung der Themenfelder Wohnen und Arbeiten.

Im Sinne eines koproduktiven Aufgabenverständnisses müssen Akteure der Zivilgesellschaft, also neben den Bürgerinnen und Bürgern soziale Träger, Wohnungsunternehmen und Gewerbetreibende, Vereine und Initiativen sowie sonstige gesellschaftliche Gruppen zur Mit- und Zusammenarbeit gewonnen werden.

Dazu bedarf Stadtteilarbeit fester Anlaufpunkte im Stadtteil mit Räumen für bürgerschaftliches Engagement und Aneignung sowie einer professionellen Begleitung,

- die Unterstützung bei der Entwicklung von Projekten bietet,
- die Bewohnerschaft dazu einlädt, sich für die Entwicklung ihres Stadtteils zu interessieren, sich zu engagieren, mit der Nachbarschaft in Austausch zu treten und ihn sich darüber anzueignen,
- die lokalen Akteure und Interessenträger einbezieht und vernetzt,
- die auftretenden Interessengegensätze und Zielkonflikte moderiert,
- Hilfestellungen bei der Suche nach Ressourcen bietet und
- dabei als intermediärer Akteur zwischen Verwaltung und Stadtteil fungiert.

3.2.3. Innovation und Erprobung

Aus den Beteiligungsprozessen auf Stadtteilebene gibt es auch in Potsdam die Erfahrung, dass klassische Formate wie Bürgerversammlungen oder offene Workshops nur für einen Teil der Bevölkerung geeignete Instrumente der Beteiligung darstellen. Insbesondere Menschen in sozial prekären Situationen werden durch diese kaum erreicht. Mit der Neuausrichtung der Stadtteilarbeit in Potsdam werden daher auch in Zusammenarbeit mit der „Werkstadt für Beteiligung“ Ideen für Beteiligung über die herkömmliche Formen hinaus entwickelt, erprobt und die Erfahrungen damit ausgewertet. Ziel ist es dabei auch, einer weiteren Fragmentierung der städtischen Gesellschaft und einem weiteren Voranschreiten sozialräumlicher Segregationsprozesse entgegenzuwirken.

Aus den Beteiligungsprozessen, aber auch aus den Analyseergebnissen der Stadtteilarbeit, können sich Lösungsideen entwickeln, für die es bislang noch keinen rechtlichen und organisatorischen Rahmen gibt, z.B. weil es sich um eine neue Entwicklung handelt. Stadtteilarbeit bietet die geeignete Plattform, um diese Innovationen auf instrumenteller Ebene in einem überschaubaren Rahmen zu entwickeln und zu erproben.

4. Maßnahmen

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele ist die Wirksamkeit nachfolgender Maßnahmen zu prüfen. Insbesondere sind die finanziellen Mittel zu ermitteln, sofern sie für die Umsetzung notwendig sind. Eine Umsetzung von Maßnahmen, die zusätzliche finanzielle Mittel erfordern, ist grundsätzlich innerhalb des laufenden Haushalts nicht möglich.

4.1. Kurzfristige Maßnahmen

Die nachfolgend vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich kurzfristig und ohne zusätzliche finanzielle Mitteln der Landeshauptstadt Potsdam aufgegriffen.

4.1.1. Fortsetzung und Weiterentwicklung des etablierten Modells der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

Die Potsdamer Nachbarschafts- und Begegnungshäuser leisten in den Stadtteilen, in denen es sie bereits gibt, einen zentralen Beitrag für die Stadtteilarbeit und die Arbeit in den Ortsteilen. Sie sind soziale und kulturelle Zentren, die nach den regionalen Bedarfen Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung, Freizeit sowie Stadtteilentwicklung für die gesamte Bewohnerschaft anbieten. Mit ihnen stellt die Landeshauptstadt Potsdam die bauliche Infrastruktur für wesentliche Handlungsfeldern der Stadtteilarbeit bereit, beispielsweise indem Räume für Initiativen, Vereine und Gruppen und Mitwirkungsangebote aus der Nachbarschaft bereitgestellt. Sie tragen dazu bei, das gemeinwesenorientierte solidarische Handeln im Stadtteil zu fördern und direktdemokratische Mitbestimmung zu ermöglichen.

Die bestehenden Angebote der Nachbarschafts- und Begegnungsarbeit werden erhalten und entsprechend der Bedarfe in den Stadtteilen weiterentwickelt. Es wird darüber hinaus geprüft, wie in geeigneter Form Orte der Begegnung in weiteren Stadtteilen etabliert werden können. Dort, wo neue Stadtteile entstehen, wird die Bereitstellung von nachbarschaftlichen Begegnungsangeboten regelhaft in die Nutzungsplanung und Bereitstellung von Liegenschaften aufgenommen.

Zur Weiterentwicklung und Steuerung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt im Konsens mit der Arbeitsgruppe der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser eine Fortschreibung des bestehenden Rahmenkonzeptes.

- *Verantwortung: Koordinierungsstelle Nachbarschafts- und Begegnungshäuser / sozial-kulturelle Stadtteilarbeit*
- *Beteiligung: Trägerinnen der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, Steuerungsgruppe*

4.1.2. Abstimmungsrunden und einheitliche Verfahrensweise im Umgang mit Zuwendungen

Als wesentliches Defizit wurde die zersplitterte Struktur der Förderung und Zuständigkeiten thematisiert (Kap. 2.2). Um künftig ein einheitliches Verwaltungshandeln in Bezug auf Maßnahmen in den Stadtteilen zu erreichen, werden in einem ersten Schritt regelmäßige fachbereichsübergreifende Abstimmungsrunden zur gegenseitigen Information über Fördermaßnahmen und inhaltliche Schwerpunkte ins Leben gerufen.

An diesen Abstimmungsrunden nehmen insbesondere die für Stadterneuerung, Wohnen, Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung sowie Beteiligung zuständigen Organisationseinheiten teil.

Die Abstimmungsrunden werden formalisiert und regelmäßig fortgeführt. Weitere Organisationseinheiten können künftig bei Bedarf und Interesse einbezogen werden.

- *Verantwortung: Abstimmungsgremium aus den beteiligten Organisationseinheiten im GB 2, 3, 4 und GB 9*

4.1.3. Zuwendungsrichtlinien harmonisieren

Um der Vielfalt der Anlaufstellen und der Vielgestaltigkeit der formalen Anforderung an die Beantragung und den Einsatz von Zuwendungsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam zu begegnen, ist eine Änderung der bisherigen Zuwendungspraxis erforderlich. Im Sinne einer „One Stopp Agency“ sollen bei Zuwendungen durch verschiedene Organisationseinheiten

künftig feste Ansprechpartnerschaften nach außen und Verfahrensführerschaften nach innen etabliert werden.

Konkrete Schritte sind eine Vereinfachung bei der Gewährung von Zuwendungen an soziale Träger und Initiativen der Stadtteilarbeit. Zu prüfen ist insbesondere, ob Punkt 2.4 der Richtlinie zur Bewilligung und Steuerung von Zuwendungen in der Landeshauptstadt Potsdam vom 12.8.2016 auf fachbezogene Richtlinien in Geschäftsbereichen übertragen wird. Dieser Punkt regelt, dass für eine Einrichtung oder eine Maßnahme, wenn sie Zuwendungen von mehreren Stellen der Landeshauptstadt Potsdam beantragt hat, die Bewilligung federführend durch jene Stelle in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt, die den höchsten Zuwendungsbetrag bewilligt.

- *Verantwortung: Abstimmungsgremium aus den beteiligten Organisationseinheiten im GB 2, 3 und 4 unter Koordination des GB 9 (FB 93)*
- *Beteiligung: Zentrale Servicestellen innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*

4.1.4. Studie zur Nachbarschaftskartierung

Die Vielgestaltigkeit der Begriffe und Verwendungsweisen für Stadtteile und verwandte Gebietsbezeichnungen wurde bereits thematisiert. Die Orientierung auf Stadt- und Ortsteile für die Weiterentwicklung der Stadtteilarbeit bildet aus Verwaltungssicht einen praxistauglichen Weg. Um diese Gebietszuschnitte in Abgleich mit den Lebensräumen ihrer Bewohnerschaft zu bringen, die entscheidend für die Identifikation mit dem Stadtteil sein können und damit Einfluss auf die Bereitschaft und das Engagement in Beteiligungsprozessen ausüben, wird eine Studie zur Nachbarschaftskartierung (Mental Mapping) durchgeführt. Ergebnis dieser Studie können bspw. Anpassungen bei der Gebietsabgrenzung der Stadtteile sein.

- *Verantwortung: WerkStadt für Beteiligung*
- *Beteiligung: Bereich Wohnen, Fachhochschule Potsdam (FHP)*

4.1.5. Zusammenarbeit mit Wohnungseigentümern

Eine besondere Rolle für die Entwicklung in den Stadtteilen spielen die Wohnungseigentümerinnen. Dort, wo Wohnungsunternehmen größere Siedlungsbestände bewirtschaften, gibt es ein hohes gemeinsames Interesse zwischen Verwaltung und Eigentümerseite an einer Abstimmung über bauliche Maßnahmen, die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und konkrete operative Fragestellungen.

Die Landeshauptstadt Potsdam wird daher die Zusammenarbeit mit den Wohnungseigentümern in der Stadtteilarbeit intensivieren. Für die in Potsdam ansässigen Wohnungsgenossenschaften, die ProPotsdam und das Studentenwerk sollen dafür die bestehenden Formate der Zusammenarbeit im Rahmen des Arbeitskreises Stadtspuren genutzt werden.

Der ProPotsdam kommt im Rahmen der Stadtteilarbeit eine besondere Rolle zu. Die Aufgaben der Holding umfassen zum einen bereits heute Aufgaben der Stadtentwicklung (z.B. am Luftschiffhafen) sowie in der Stadterneuerung Aufgaben als Treuhänder für ausgewählte Gebiete (z.B. Potsdamer Mitte, Bornstedter Feld, Krampnitz). Sie ist darüber hinaus die mit Abstand größte Wohnungseigentümerin in Potsdam mit großen Siedlungsbeständen im gesamten Stadtgebiet. Die Aufgaben der ProPotsdam gehen dabei über die kaufmännische und technische Bewirtschaftung der Wohnungen hinaus; dies schon deshalb, weil strategische Entscheidungen zur Instandsetzung / Modernisierung und zur Wohnraumvergabe in Wechselwirkung beispielsweise zur Ausstattung mit Infrastruktur- und Betreuungsangeboten im Wohnumfeld stehen. Stadtteilarbeit ist insofern ein Teil der Kernstruktur der ProPotsdam. Das kommunale Wohnungsunternehmen wird daher in enger Abstimmung mit der Landeshauptstadt Potsdam mit der Neuorganisation bereits vorhandener Aktivitäten in der Stadtteilarbeit und der der Weiterentwicklung des Aufgabenfeldes beauftragt.

- *Verantwortung: Bereich Wohnen*
- *Beteiligung: Zentrale Servicestellen innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam, Wohnungseigentümer*

Auch in Gebieten mit einer heterogenen Eigentümerstruktur gibt es Erfahrungen mit Formaten, mit denen sich eine Zusammenarbeit gestalten lässt. *Maßnahme 2.E* des wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt Potsdam sieht vor, dass „in Potsdam erprobt [wird], wie durch Kooperation mit [privaten] Wohnungseigentümern im Quartier gemeinsam Maßnahmen der Quartiersentwicklung umgesetzt werden können.“⁷ Zur Vorbereitung der Kooperation und zur Auswahl geeigneter Stadtteile und Handlungsbereiche werden Gespräche mit Vertretungen der Haus- und Grundeigentümer geführt.

- *Verantwortung: Haus und Grund e. V.*
- *Beteiligung: Bereich Wohnen, Wohnungseigentümer, themenbezogen weitere Organisationseinheiten*

⁷ Landeshauptstadt Potsdam (2015), S. 44

4.2. Mittelfristige Maßnahmen

Die nachfolgenden Ziele können nicht ohne Bereitstellung zusätzlicher Mittel durchgeführt werden. Sie sind, bei einer positiven Einschätzung ihrer Eignung und Wirksamkeit, frühestens in Verbindung mit der Aufstellung eines neuen Haushalts umsetzbar.

4.2.1. Stadtteilpräsenz der Verwaltung ausbauen

Zentral für die Aufgabenerfüllung der Stadtteilarbeit ist nach einschlägiger Erfahrung die Einrichtung eines gut erreichbaren Stadtteilbüros als niedrigschwelliges Angebot für alle Bewohnergruppen. Das Stadtteilbüro fungiert als Koordinierungsstelle der Stadtteilarbeit vor Ort. Je nach Größe des Stadtteils und Aufgabenspektrum der Stadtteilarbeit kann diese Vor-Ort-Präsenz mit unterschiedlich großem Aufwand betrieben werden. Sie kann grundsätzlich durch die Verwaltung selbst, durch Träger der Gemeinwesenarbeit vor Ort oder ehrenamtlich organisiert werden. Das Anforderungsprofil für die Besetzung des Stadtteilbüros umfasst auch, dass es die eines lokal sichtbaren „Kümmerers“ übernimmt, der eine intermediäre Rolle zur Abstimmung und Vermittlung zwischen verschiedenen Akteursinteressen einschließlich der Verwaltung sichert.

Das Aufgabenspektrum, das von den Stadtteilbüros aus organisiert wird, wird je nach Bedarf in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen festgelegt und kann Folgendes umfassen:

- Koordination, Aufbau von Netzstrukturen zwischen den Akteuren vor Ort,
- Projektentwicklung und -umsetzung,
- Beratung/Ansprechpartner vor Ort,
- Förderung interkultureller Zusammenarbeit,
- Öffentlichkeitsarbeit in den Stadtteil hinein und nach außen,
- Gemeinwesenarbeit (zusammen mit Sozialdiensten, Sozialverwaltung),
- Mittelakquisition,
- Abstimmung/Ansprechpartner mit/für Verwaltung und Politik,
- Planungsbegleitende Evaluationen und Überwachung,
- Betreuung von Stadtteilbudgets (Verfügungsfonds),
- Aktivierung der Bewohnerschaft und Sicherung der Partizipation.

Zielgruppen sozialer Leistungen können durch eine aufsuchende Ansprache und Bereitstellung niedrigschwelliger Angebote vor Ort insbesondere im präventiven Bereich besser erreicht werden. Dieses Vorgehen hat sich in der Sozialen Arbeit und in anderen Städten im Rahmen des Programms Soziale Stadt bewährt, wurde in Potsdam bisher aber nur in Ansätzen und nicht als fester Baustein von Stadtteilarbeit umgesetzt.

Die Landeshauptstadt Potsdam selbst wird eine dezentralisierte Bereitstellung von Leistungen prüfen. Dies kann die Neuaufstellung von Organisationsteilen der Verwaltung mit stärkerer Lebensraumorientierung durch Bereitstellung eigener Ressourcen, den Ausbau von Angeboten vor Ort und verstärkt aufsuchende Ansätze nach sich ziehen, beispielsweise in

den Bereichen der Wohnen und Arbeit. Für den letztgenannten Punkt kann die neu eingerichtete Vor-Ort-Präsenz der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung im Schlaatz als Pilotprojekt genannt werden. Es ist zu prüfen, welche Leistungen eine dezentrale Bereitstellung geeignet sind. Die für eine Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel sind vorab zu ermitteln und zu planen.

- *Verantwortung: Zuständige Organisationseinheit innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*
- *Ressourcenbedarf: Ggf. Kosten für die Nutzung von Räumen, Sachkosten für Arbeitsmittel / IT; Prüfbedarf hinsichtlich zusätzlichen Personalaufwands*

4.2.2. Bündelung von Aufgaben und Ressourcen der Stadtteilarbeit

Die bestehenden Ansätze und Organisationsformen sind, der Förder- und Interventionslogik von Städtebauförderung folgend, auf Projektarbeit ausgerichtet. Stadtteilarbeit ist jedoch keine Aufgabe „auf Zeit“. Daher muss eine regelhafte Organisationsform in der Verwaltung geschaffen und implementiert werden.

Die bestehenden Ansätze und Organisationsformen ergeben sich in Teilen aus dem im Programmkontext erhobenen Handlungsbedarf in Gebieten der „Sozialen Stadt“ (Stern/Drewitz und „Schlaatz“). Bund und Land unterstützen diese Maßnahmen zeitlich begrenzt durch die Städtebauförderung mit der Ausrichtung auf eine Hilfe zur Selbsthilfe und deren Verstetigung in eigener Regie der Stadt bzw. der Akteure. Schon deswegen muss in Vorbereitung auf den Zeitraum nach der Förderung und für Gebiete außerhalb der Förderung eine regelhafte Organisationsform in der Verwaltung geschaffen und deren Aufgaben finanziell untersetzt werden.

Um dauerhaft, kontinuierlich und strategisch Stadtteilarbeit zu betreiben und damit Verwaltungshandeln wirksamer und effizienter zu gestalten, ist mittelfristig die Zusammenführung von Kompetenzen, personellen und finanziellen Ressourcen innerhalb der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam erforderlich. Im Rahmen einer Neustrukturierung des Geschäftsbereichs 3 erfolgt dazu die Gründung einer neuen Organisationseinheit. In dieser werden die kommunalen Aufgaben in den Handlungsfeldern Wohnen, Arbeit und Beschäftigung zusammengeführt. Damit werden zwei wesentliche Handlungsfelder der Stadtteilkoordination in einer gemeinsamen organisatorischen Verantwortung liegen. Hinzukommen wird außerdem die Aufgabe der Koordination der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, die bislang im Geschäftsbereich 2 angesiedelt ist. Darüber hinaus erfolgt mit externer Begleitung eine Evaluierung unter der Fragestellung, wie der eingangs beschriebenen Verlagerung der Handlungsbedarfe auch in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ künftig besser Rechnung getragen werden kann. Dies betrifft insbesondere die künftige Bedeutung sozialer und demographischer Prämissen im Rahmen der Konzepterstellung sowie die Steuerung nichtinvestiver Aufgaben aus den Programmgebieten der Städtebauförderung im Geschäftsbereich 4 (Quartiersmanagement, Ordnungs-

maßnahmen). Im Zuge der Evaluierung wird auch das Zusammenwirken von Stadtteilarbeit und Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ untersucht werden. Die Zuständigkeit für die Projektmittel der „Sozialen Stadt“ verbleiben bis zum Vorliegen der Ergebnisse im Geschäftsbereich 4. Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen in den Programmgebieten erfolgt bis dahin in enger Abstimmung zwischen den Geschäftsbereichen 4 und 3.

- *Verantwortung: Geschäftsbereiche 3 und 4*
- *Beteiligung: Bereiche Wohnen und Stadterneuerung, Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung, Koordinierungsstelle Nachbarschafts- und Begegnungshäuser / sozial-kulturelle Stadtteilarbeit*

4.2.3. Regelmäßige Stadtteilkonferenzen

Ein in Potsdam mittlerweile etabliertes Format für die Einbindung von Bewohnerschaft und Akteuren vor Ort sind Stadtteilkonferenzen, in denen gemeinsam stadtteilbezogene Bedarfe ermittelt werden, um sie in die Planungen der Verwaltung einbeziehen zu können. Aktuelle Beispiele sich ähnelnder Veranstaltungsformate finden sich in Drewitz, im Schlaatz und in Bornstedt. Bislang erfolgt die Durchführung von Stadtteilkonferenzen abgesehen von Drewitz, wo es mit dem Jahresauftakt einen regelmäßigen Termin zur gegenseitigen Information über die im jeweils laufenden Jahr geplanten Aktivitäten gibt, überwiegend anlassbezogen – insbesondere weil Akteure wie die im Stadtteil aktiven Wohnungsunternehmen (Schlaatz) oder Initiativen aus der Bewohnerschaft (Bornstedt) dies initiiert haben. Auf Grund der guten Erfahrungen mit der Durchführung von Stadtteilkonferenzen wird die Landeshauptstadt Potsdam dieses Format auf weitere Stadtteile ausweiten und verstetigen. In Abhängigkeit von der Veränderungsdynamik und Größe eines Stadtteils sollen die Konferenzen im Turnus von durchschnittlich 5 Jahren stattfinden.

- *Verantwortung: Zuständige Organisationseinheit innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*
- *Beteiligung: Akteure der Stadtteilarbeit, Vertretung der Bewohnerschaft, Verwaltung und Politik, Wohnungseigentümer*
- *Ressourcenbedarf: Raummiete, Sachkosten für Veranstaltungsorganisation, Personalressourcen in geringem Umfang (ca.0,25 VZE)*

4.3. Langfristige Maßnahmen

Die nachfolgenden Ziele können nicht ohne Bereitstellung zusätzlicher Mittel durchgeführt werden. Sie bedürfen weiterer konzeptioneller Vorarbeiten und Abstimmungen innerhalb der Verwaltung und sind, auch bei einer positiven Einschätzung ihrer Eignung und Wirksamkeit, ihrem Charakter nach erst sukzessive innerhalb eines mehrjährigen Zeithorizonts umsetzbar.

4.3.1. Trägerschaften der Stadtteilarbeit überprüfen

Auch die Aufgabenverteilung zwischen Trägern und Landeshauptstadt Potsdam muss überprüft und neu justiert werden. Die Erfahrungen der Verwaltung selbst beispielsweise im Umgang mit Mitteln der Städtebauförderung zeigen, dass eine grundsätzliche Abhängigkeit des eigenen Handelns von zeitlich befristeten Förderprogrammen nicht zielführend ist, wenn keine eigenen Ressourcen für das Fortführen langfristiger Entwicklungsprozesse („Verstetigung“) in den Stadtteilen in ausreichendem Maße bereit gestellt werden können.

Dazu soll eine Überprüfung der Zusammenarbeit mit den Trägern durch die Landeshauptstadt Potsdam finanzierter Angebote mit dem Ziel erfolgen, eine langfristige Bereitstellung der Angebote zu sichern. Dafür können grundsätzlich zwei Wege gewählt werden: die Verlängerung der Beauftragungszeiträume oder eine Rückübertragung der Leistungen in den „Konzern Stadt“.

- *Verantwortung: Zuständige Organisationseinheit innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*
- *Beteiligung: Zentrale Servicestellen innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*
- *Ressourcenbedarf: in Abhängigkeit von den getroffenen Entscheidungen*

4.3.2. Sukzessive flächendeckende Umsetzung von Stadtteilarbeit

Die beschriebenen Maßnahmen der Stadtteilarbeit können nicht in allen Stadtteilen gleichzeitig umgesetzt werden. Daher erfolgt zunächst eine Auswahl von Gebieten, in denen die Umsetzung auf Basis bereits vorhandener Vorüberlegungen und Planungsgrundlagen erfolgen soll. Dies können z.B. der Schlaatz und Bornstedt sein. Aber auch für Stadtteile, die sich derzeit noch in der Konzeption befinden und die noch nicht bewohnt werden, sind die Erfordernisse der Stadtteilarbeit je nach Zielvorstellungen über die Bewohnerstruktur zu berücksichtigen. Ein solcher Stadtteil, für den dies erfolgen kann, ist Krampnitz. Die ausgewählten Stadtteile stehen exemplarisch für drei wesentliche Herausforderung der Stadtteilarbeit:

- Gemeinwesenarbeit in einem „Soziale-Stadt“-Stadtteil ;
 - Initiierung von neuen Nachbarschaften in einem stark wachsenden Stadtteil
 - Konzeption und planerische Sicherung von Stadtteilarbeit in einem neu entstehenden Stadtteil.
-
- *Verantwortung: Zuständige Organisationseinheit innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*
 - *Beteiligung: Akteure der Stadtteilarbeit, Vertretung der Bewohnerschaft, Verwaltung und Politik, Wohnungseigentümer*
 - *Voraussichtlicher Ressourcenbedarf: Finanzmittel für die Beauftragung der Durchführung; siehe 4.7 Ressourcenbedarf: Personalbedarf (je 1 VZE zur*

Koordination der Stadtteilarbeit im Sozialraum = 6 VZE), Finanzmittel für die Beauftragung der Durchführung in den Stadtteilen (zusätzlich zu vorhandenen Mitteln ca. 750.000 EUR p.a.)

4.3.3. Beirat für Stadtteilarbeit

Das vorliegende Konzept bildet einen neuen Rahmen für die Aktivitäten der Landeshauptstadt Potsdam im Themenfeld der Stadtteilarbeit. Das Konzept soll unter Einbeziehung der im Feld tätigen Akteursgruppen wie auch der Bevölkerung in geeigneter Weise regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden. Dazu wird ein Beirat für Stadtteilarbeit gebildet. Der Beirat setzt sich aus Akteuren der sozialen Träger, der Wohnungseigentümer, zivilgesellschaftlicher Initiativen, aus der Einwohnerschaft sowie aus Verwaltung und Politik zusammen. Er tagt jährlich und berät die Verwaltung in grundsätzlichen Fragen zur Weiterentwicklung der Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam.

- *Verantwortung: Zuständige Stelle innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam*
- *Beteiligung: Akteure der Stadtteilarbeit, Wohnungseigentümer, Vertretung der Einwohnerschaft, Verwaltung und Politik*
- *Voraussichtlicher Ressourcenbedarf: Raummiete, Sachkosten für Veranstaltungsorganisation, Personalressourcen in geringem Umfang*

5. Quellen

Franke (2002): in *Netzwerkknoten Quartiermanagement* (Hrsg.) Quartiermanagement. Ein strategischer Ansatz der Stadt(teil)entwicklung. Hannover

Landeshauptstadt Potsdam (2015): *Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam*. Potsdam

Landeshauptstadt Potsdam (2016): *Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)*. Potsdam

Landeshauptstadt Potsdam (2016): *Richtlinie zur Bewilligung und Steuerung von Zuwendungen in der Landeshauptstadt Potsdam*. Potsdam

Landeshauptstadt Potsdam (2017): *Stadtteile im Blick 2016*. Statistischer Informationsdienst 2/2017. Potsdam

BBSR (2018): *Deutschland wächst*. Abgerufen am 24.4.2018 von <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Service/Medien/2017/2018-deutschland-waechst.html>

Städte-Netzwerk für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf (2001): *Raumorientierung der kommunalen Selbstverwaltung- Positionspapier*. Essen



**Landeshauptstadt
Potsdam**



Stadtteilarbeit in Potsdam

Konzeptioneller Rahmen für die Gestaltung und Ausrichtung von
Nachbarschafts- und Begegnungshäusern in der Landeshauptstadt
Potsdam. Stand: 06.10.2023

Inhalt

Einleitung.....	2
1 Stadtteilarbeit in Potsdam - Entwicklung und Ausgangslage	3
Altbaugelände	3
DDR-Plattenbauquartiere	3
Neubauviertel seit den 2000er Jahren.....	4
Stadtzentrum Potsdam	4
Ländlicher Raum	5
Unterschiedliche Stadtteile – ein Auftrag	5
Institutionelle Verortung der Stadtteilarbeit in Potsdam.....	6
2 Stadtteilarbeit in Potsdam heute	7
3 Stadtteilarbeit in Potsdam – qualitative Aspekte.....	9
4 Arbeitsprinzipien und Handlungsfelder der Stadtteilarbeit in Potsdam	10
Mitwirkung und Teilhabe	10
Transformator in die Stadtgesellschaft	10
Zielgruppenorientierung.....	11
Vielfalt leben – Demokratie ermöglichen	11
Sozialkulturelle Stadtteilarbeit.....	12
Soziale Arbeit und Beratung	12
5 Der Arbeitskreis Nachbarschafts- und Begegnungshäuser	13
Netzwerk.....	13
Kooperation und Qualifizierung.....	13
Entwicklung und Qualitätssicherung.....	13
Verantwortung und Erreichbarkeit	14
Impressum	15
Redaktion.....	15

Einleitung

„Stadtteilarbeit“ in Potsdam kann auf eine intensive und lange Tradition zurückblicken, die sich seit 1989 im Spannungsfeld zwischen kultureller Entwicklung, sozialem Zusammenwirken und Stadtentwicklung sowie lokalen Gentrifizierungsprozessen bewegt. Fußend auf einem breiten Verständnis von Stadtteilarbeit organisieren und ermöglichen Nachbarschafts- und Begegnungshäuser (nachfolgend abgekürzt NBH) die soziale und kulturelle Grundversorgung in Potsdams Quartieren. Die Bandbreite reicht dabei von ehrenamtlich betriebenen Bürgertreffs bis hin zu hauptamtlich geführten Stadtteil- und Kulturzentren. Entsprechend breit wird dieser Begriff beschrieben und konkretisiert, abhängig von lokalen Gegebenheiten und Bedarfen, auf die die Akteur:innen der Stadtteilarbeit konkret Bezug nehmen.

Diese Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Potsdamer Nachbarschafts- und Begegnungshäuser ist gewollt und soll in ihrer Einzigartigkeit bestehen bleiben. Gleichzeitig möchten wir als „Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser“ übergreifende Aspekte benennen, die Stadtteilarbeit vergleichbar machen und qualitativ definieren.

Um diese gewachsene und institutionell sowie konzeptionell unübersichtliche Situation zu klären und ein valides Verständnis von einer Stadtteilarbeit in Potsdam zu bekommen, hat sich der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in einem partizipativen, extern moderierten und durch die LHP geförderten Workshopprozess zusammengefunden.

Das vorliegende Papier versteht sich als eine gemeinsame Annäherung an die vielfältige Praxis der sozialkulturellen Stadtteilarbeit in Potsdam. Es beschreibt ein gemeinsames Fach- und Auftragsverständnis und soll als Diskussionsgrundlage für die weitere konzeptionelle Entwicklung der Nachbarschafts- und Begegnungsarbeit in Potsdams Quartieren dienen, sowohl in bestehenden als auch in neu entstehenden Stadtteilen.

1 Stadtteilarbeit in Potsdam - Entwicklung und Ausgangslage

Die Situation der Stadtteilarbeit in Potsdam und der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser als Zentren und Träger derselben ist relativ einzigartig und verdient einen kleinen Exkurs.

Während vor 1989 Stadtentwicklung und Aktivitäten in den Stadtteilen Teile der zentralen Gesamtstrategie des Einparteiensystems der DDR waren, änderte sich dies nach der Wiedervereinigung und der damit verbundenen administrativen Eingliederung der DDR in das politische und gesellschaftliche System der BRD fundamental.

Altbaugebiete

Im Zeichen des Zusammenbruchs des DDR-Systems entstand in den frühen 90er Jahren ein Machtvakuum mit einem großen Leerstand an Immobilien. Dies wurde in Potsdam von Hausbesetzer:innen, Künstler:innen und Visionär:innen für neue Formen des Zusammenlebens, des Arbeitens und des künstlerischen Schaffens genutzt. Verschiedene soziale und kulturelle Gruppen eigneten sich selbstbestimmt Freiräume an. Viele dieser Räume wurden im Zuge der gesellschaftlichen Konsolidierung bis in die beginnenden 2000er Jahre wieder aufgegeben, einige jedoch haben bis heute Bestand. Aus einer ursprünglichen Besetzung ist beispielsweise das bis heute existierende Kulturquartier Schiffbauergasse entstanden. Auch das Archiv Potsdam ist von einem umkämpften, linksalternativen, besetzten Haus zu einer legalen und akzeptierten, kulturellen Instanz für verschiedene subkulturelle Szenen in Potsdam geworden. Gleichzeitig sind es nicht nur die Orte, die überdauert haben, sondern auch viele Ideen und Haltungen, die sich in Teilen der heutigen Bevölkerung in Potsdam wiederfinden. Gerade in Potsdam-West und Babelsberg hat sich eine präzente und aktive Kiezkultur entwickelt, die immer wieder verschiedene Konzepte und Ansätze von Mitsprache, Aneignung und Selbstgestaltung im Viertel einfordert und Räume für damit verbundenen Prozesse und Austauschräume zur Verfügung stellt. Somit lässt sich dieser historische Experimentiermoment der 90er Jahre als eine Säule des Selbstverständnisses von Stadtteilarbeit in Potsdam begreifen. Aus diesen Initiativen ist in Potsdam-West das Stadtteilnetzwerk Potsdam West entstanden, welches die aktiven Initiativen und Vereine koordiniert und derzeit mit der Schaffung eines neuen Nachbarschafts- und Begegnungshauses, des Lottenhofs, beschäftigt ist. Mit dem Kulturhaus Babelsberg in Trägerschaft der AWO und dem Heidehaus in Trägerschaft des interlog e.V., eines in Babelsberg verankerten Vereins, konnten im Stadtteil Babelsberg gleich zwei Nachbarschafts- und Begegnungshäuser als Zentren der Stadtteilarbeit aufgebaut werden.

DDR-Plattenbauquartiere

Während in den Quartieren mit einem hohen maroden Altbaubestand mit neuen gesellschaftlichen Modellen experimentiert wurde, kam es in den Nachwendejahren in den Plattenbaugebieten ebenfalls zu tiefgreifenden sozialen Umstrukturierungen – wenn auch mit einer anderen Dynamik. In den Plattenbaugebieten Schlaatz, Zentrum-Ost, Stern, Waldstadt und Drewitz konzentrierten sich in unterschiedlichem Ausmaß Menschen mit multiplen Problemlagen. Dem statistischen Jahresbericht der Landeshauptstadt Potsdam kann entnommen werden, dass einige soziodemographischen Merkmale wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Anteil der Einwohner:innen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung, Alleinerziehende im Vergleich zu anderen Stadtteilen weitaus ausgeprägter sind. Diese soziale Segregation im Verhältnis zu den anderen Stadtteilen in Potsdam setzt sich bis heute fort.

Aufgrund der heterogenen Bewohnerschaft entstehen häufig, neben der persönlichen Ebene Konfliktfelder innerhalb der Nachbarschaft, welche kultureller, generationsspezifischer, sozialer und/oder auch politischer Natur sind.

Mit der Planung der Neubauviertel wurden in der DDR Treffpunkte bzw. Orte der Begegnung in den Stadtteilen mitgeplant und gebaut. Diese zum Teil leerstehenden Objekte wurden nach der politischen Wende sukzessive wieder mit Leben und Angeboten gefüllt. Am Schlaatz wurde beispielsweise neben dem Bürgerhaus auch das Friedrich-Reinsch-Haus zu einem Nachbarschafts- und Begegnungshaus. Am Stern hat diese Funktion ein ehemaliger Kindergarten übernommen, in dem heute unter dem Namen STERN*ZEICHEN Aufgaben eines Begegnungszentrums wahrgenommen werden, in der Waldstadt haben sich das Haus der Begegnung und der Bürgertreff Waldstadt aus Ladenlokalen oder vormals in anderer Funktion existierenden Lokalitäten in Plattenbauweise entwickelt. In Drewitz wurde unter einem großen Beteiligungsverfahren die Grundschule „Am Priesterweg“ um ein Begegnungszentrum, das oskar., erweitert. Als Stadtteilschule bietet das Haus nun soziokulturelle Bildungsangebote für alle Altersgruppen unter einem Dach an. Einzig in Zentrum Ost ist kein eigenes Nachbarschaftshaus entstanden.

Neubauviertel seit den 2000er Jahren

Während in vielen Kommunen der Bevölkerungsrückgang noch weit bis in die 2010er Jahre anhielt, stiegen in Potsdam die Bevölkerungszahlen seit 2000 wieder an. Dementsprechend ist die Stadtentwicklung in Potsdam auf Expansion ausgerichtet. So entstand Ende der 90er Jahre zum Beispiel der neue Stadtteil Kirchsteigfeld. Im Rahmen eines bundesweit gelobten Stadtentwicklungsprozesses wurde hier innerhalb weniger Jahre ein neuer Stadtteil geplant und umgesetzt, Grund- und Gesamtschule, Kindergärten, Hort, Jugendclub und eine Kirche sind entstanden. Bewohner:innen aus der Region Potsdam Drewitz gründeten 1995 den StadtteilLaden im Kirchsteigfeld e.V., mit dem Ziel, Gemeinwesen orientierte Sozialarbeit im Kirchsteigfeld aufzubauen. Auf der entgegengesetzten Seite der Stadt, in Bornstedt, startete zur selben Zeit auch die Entwicklung eines neuen Stadtteils, des Bornstedter Feldes. Die Besonderheit hier war, dass ehemals militärisch genutztes Gelände in ein modernes Quartier umgewandelt werden sollte. Als Motor fungierte die Bundesgartenschau 2001. Die Entwicklung dieses Stadtteils zog sich bis in die 2020er Jahre und reichte von Einfamilienhausgebieten zu Beginn bis hin zu stark verdichtetem Geschossbau am Ende der Entwicklungsmaßnahme. Im Gegensatz zum Kirchsteigfeld wurden Orte mit Zentrumsfunktion und Orte mit der Möglichkeit zur Nutzung sozialer Infrastruktur nicht geplant bzw. erst entwickelt, als die Defizite sichtbar wurden (z. B. bei Schulen, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen). Nur dem Druck von lokalen Vereinen ist es zu verdanken, dass in Bornstedt seit 2018 ein kleiner Stadtteilladen als Ort der nachbarschaftlichen Begegnungen existiert. Mittlerweile ist Bornstedt einer der bevölkerungsreichsten Stadtteile in Potsdam. Ab 2027 soll ein Stadtteilzentrum – ähnlich wie in Drewitz – in die Gebäude eines in Planung begriffenen Gymnasiums einziehen. Ein weiterer großer Stadtteil für 10.000 Personen ist mit Krampnitz, ebenfalls im Potsdamer Norden, in Planung. Hier soll die soziale Infrastruktur schon am Beginn der Maßnahme mitgedacht werden.

Stadtzentrum Potsdam

Das Zentrum Potsdams, das in den letzten Jahrzehnten teils historisierend auf- und umgebaut worden ist, verfügt über mehrere Einrichtungen, in denen sich in unterschiedlicher Ausprägung Stadtteilarbeit etabliert hat. Das ehemalige Haus der Pioniere, jetzt Treffpunkt Freizeit, fungiert als Familienzentrum

und befindet sich in Trägerschaft des kommunalen Trägers KUBUS. Das Rechenzentrum in der Innenstadt ist ein Ort für hunderte Menschen aus der Kreativwirtschaft, ein kulturelles Großprojekt und Motor für eine facettenreiche, sich gegenseitig bereichernde und Synergien erzeugende Kunst- und Kreativszene. Es wendet sich zunehmend auch verschiedenen Facetten der Stadtteilarbeit zu. Die Zukunft dieses Zentrums ist aufgrund verschiedener Vorstellungen der weiteren Bebauung der historischen Innenstadt unklar. Am Rande der Innenstadt befindet sich das Freiland, welches seit zehn Jahren Quartier auf einem bis dato brach liegenden Gelände der Stadtwerke Potsdam GmbH bezogen hat. Hier liegt der Fokus auf einer hierarchiefreien Nutzung des Geländes und der Räumlichkeiten und einer solidarisch orientierten und konsumkritischen Gesamtausrichtung. Viele Vereine und Initiativen sind als Mieter:innen in diese Liegenschaft gezogen. Da jedoch in direkter Nachbarschaft vergleichsweise wenige Menschen wohnen und die Nutzer:innen des Freilands aus der ganzen Stadt kommen, ist der Fokus hier weniger stadtteilbezogen.

Der Quartierstreiff Staudenhof in Trägerschaft der Soziale Stadt ProPotsdam gGmbH, ebenfalls im historischen Zentrum Potsdams gelegen, hat seinen Fokus auf niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Geflüchtete und Menschen mit geringem Einkommen gelegt. Aufgrund mangelnder Alternativen im Zentrum wurde hier auch Stadtteilarbeit im Sinne von Vernetzung, Schaffung von Begegnungen im Stadtteil und kulturellen Veranstaltungen betrieben. Allerdings ist das Gebäude sehr stark sanierungsbedürftig und wird einer modernen Bebauung in der Innenstadt weichen, alternative Räume für ein niedrigschwelliges Angebot in der Innenstadt gibt es bisher nicht.

Ländlicher Raum

Eine weitere Besonderheit Potsdams ist der ländliche Raum. Im Zuge der Gemeindegebietsreformen 1997 und 2003 wurden einige ehemalige Dörfer eingemeindet und haben so den Status von Verbandsgemeinden oder eigenständigen Gemeinden verloren. Diese ehemaligen Dörfer im Norden und Westen Potsdams, nunmehr Ortsteile, haben trotz hohen Zuzugs und einer zum Teil regen Bautätigkeit seit dem Jahr 2000 ihren ländlichen Charakter erhalten. In den meisten Ortsteilen existieren heute Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, die aber vorwiegend nach der Eingemeindung entstanden sind. Zu nennen wäre die Kulturscheune in Marquardt, der Kulturladen in Fahrland, die Bürgerhäuser in Neu Fahrland, Groß Glienicke, Bornim und das Gemeindehaus in Satzkorn. Träger dieser Einrichtungen sind vor allem Bürger:innenvereine der jeweiligen Ortsteile. Der Fokus der Arbeit ist i.d.R. das Aufrechterhalten kultureller Angebote im ländlichen Raum und Freizeit-, Sport und Bildungsangebote. Da viele dieser Institutionen von dörflichen Kulturvereinen bzw. Heimatvereinen weitgehend ehrenamtlich getragen werden, ist es mitunter nicht ganz einfach, nachfolgende Generationen für dieses persönliche Engagement anzuregen. Während in den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern im urbanen Raum Hauptamtliche die Einrichtungen und die Stadtteilarbeit koordinieren, geschieht das im ländlichen Raum vorwiegend ehrenamtlich. Gerade das macht die Aufgabe, neue Mitstreiter:innen für die Projekte zu gewinnen, so anspruchsvoll.

Unterschiedliche Stadtteile – ein Auftrag

Historisch zeigen sich stadtweit unterschiedliche Hintergründe, vor denen Stadtteilarbeit agiert und die Traditionen, auf die Stadtteilarbeit in den verschiedenen Stadtvierteln aufbaut. Sie zeigt auch, dass die Arbeit in einem Nachbarschaftshaus aus den Bedarfen der Bewohnerschaft entstehen muss. Potsdam ist eine historische gewachsene Stadt und Potsdam wächst weiter. Die Ziele und Herangehensweisen sind in jedem Stadt- oder Ortsteil individuell gestaltet und speisen sich aus Erfahrungen, Interessen,

Möglichkeiten des Engagements und konkreten Bedarfen der lokalen Nachbarschaft. Wo in einem Stadtteil eine Beteiligungskultur gelebt wird, steht in einem heterogen geprägten Viertel das kulturelle Empowerment im Vordergrund; Formate und neue Möglichkeiten der Begegnung werden als Reaktion auf sehr individualisierte Lebenssituationen geschaffen, woanders wiederum werden tradierte Veranstaltungsformate auf den Prüfstand gestellt. Bei aller Unterschiedlichkeit eint die in den Nachbarschaftshäusern angesiedelte Stadtteilarbeit die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Quartier. Lokale Themen werden aufgegriffen und bestehende Themen werden zu konkreten Ideen und Angeboten für die Nachbarschaft entwickelt. Das vorrangige Ziel der Stadtteilarbeit und der damit verbundenen Häuser ist das Gemeinwohl und die damit einhergehende Identität der Bewohner:innen mit ihrer Stadt bzw. ihrem Stadtteil. Quartiere wachsen, entwickeln und definieren sich mit ihren Bewohner:innen. Auch über Potsdam hinaus gehört es zum Einmaleins der Stadtteilarbeit, die Prozesse lokal zu halten und die lokale Situation im Kern der Arbeit zu definieren. Gleichzeitig gibt es einen Konsens in der Werthaltung zu demokratischen und inklusiven Verfahrensweisen und einer Offenheit für die Vielfalt der Nachbarschaft und eine Grundhaltung der Ressourcenorientierung.

Institutionelle Verortung der Stadtteilarbeit in Potsdam

Institutionell verbunden sind die meisten der beschriebenen Einrichtungen durch eine strukturelle Förderung durch die Landeshauptstadt Potsdam. Diese Förderung und die damit verbundene enge Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam fand erstmalig 2005 verwaltungsseitig ihren Niederschlag im Rahmenkonzept für Nachbarschafts- und Begegnungshäuser (mit damals sechs gelisteten Nachbarschaftshäusern), in der Fortschreibung von 2014 (mittlerweile zehn Häuser) und im als Entwurf von der SVV verabschiedeten Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit von 2018. Mittlerweile wurden durch eine Verwaltungsumstrukturierung einige Freizeitsenior:inneneinrichtungen den Nachbarschaftshäusern verwaltungsmäßig zugeordnet, so dass wir mittlerweile von 25 Einrichtungen aus diesem Sektor in der Landeshauptstadt Potsdam reden. Darüber hinaus existieren weitere Institutionen in Potsdam, die sich auch mit Stadtteilarbeit beschäftigen, wie beispielsweise der Treffpunkt Freizeit, das Rechenzentrum oder auch die Stadtteilkoordination in der Waldstadt.

Diese funktionale Bandbreite und auch die aufgezeigten historisch gewachsenen unterschiedlichen Herangehensweisen in den verschiedenen Teilen der Stadt führten und führen dazu, dass eine eindeutige Definition von Stadtteilarbeit für Potsdam bislang aussteht. Auch ein Fachtag im Jahr 2019 konnte dieses Defizit bis dato nicht ausgleichen. Hinzu kommt, dass durch die Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen eines Pilotprojektes zwei Stellen von Stadtteilkoordinator:innen (jeweils eine für die Waldstadt und für Bornstedt) gefördert werden, mit dem Ziel, anschließend eine profunde Tätigkeitsbeschreibung für diese Koordination zu bekommen.

Bei allen beschriebenen Aktivitäten der Stadtverwaltung, ist festzuhalten, dass es gegenwärtig kein übergreifendes Konzept zur „Stadtteilarbeit in Potsdam“ gibt, das die dargestellte Vielfalt und gewollte Unterschiedlichkeit berücksichtigt und gleichzeitig unter übergreifend geltenden Zielvorstellungen und sich ergänzenden konzeptionellen Zugängen zusammenfasst. Aus Perspektive der Akteur:innen halten wir eine solche konzeptionelle Vergemeinschaftung für sinnvoll, auch um der Stadt Potsdam als Verhandlungspartner:in, zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Fördermittelnehmer:innen im strukturell angemessenen Rahmen gegenüberzutreten. Darüber hinaus wollen wir unsere Arbeit laufend reflektieren und weiterentwickeln und sehen hier bei der Stadt auch eine Anregungsfunktion und Reflexionsschleife uns gegenüber von relevanter Bedeutung. Beide Denkprozesse sollen dieses Papier unterstützen und aktivieren.

2 Stadtteilarbeit in Potsdam heute

Stadtteilarbeit ist ein ortsgebundenes, erprobtes und anerkanntes Konzept von Aktivitäten, welche die Bewohner:innen eines Stadtteils in ihren Entwicklungen und bei den Herausforderungen ihres täglichen Lebens unterstützt. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie sich nicht ausschließlich an eine Zielgruppe richtet, sondern an alle Menschen des betreffenden Stadtteils in ihrer Unterschiedlichkeit und damit verbunden natürlich mit ihren unterschiedlichen Bedarfen und Interessen. Im Fokus liegt hier – neben der Gestaltung passender Angebote – die Unterstützung von Begegnung, Kennenlernen und gemeinsamen Aktivitäten der Nachbarschaft selbst. Nicht selten bedeutet „Stadtteilarbeit“ einen Raum zu schaffen, in dem die Potsdamer:innen sich ihrer eigenen Wirksamkeit bewusst werden, Treffen organisiert, eigene Aktivitäten umgesetzt und Begegnungsräume genutzt und etabliert werden können.

Ebenso wie keine eindeutige Zielgruppe definiert wird, gibt es auch keine singuläre Methodik als Kern von Stadtteilarbeit in Potsdam. Vielmehr bedient sich Stadtteilarbeit methodischer Ansätze aus der Sozial- und Kulturarbeit sowie anderer Praktiken, die jeweils angemessen auf einen erkannten Bedarf ausgerichtet und in ihrer Kombination einzigartig für den Stadtteil sind. Häufig arbeiten Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser mit weiteren Projekten oder Einrichtungen zusammen, die jeweils eine eigene Expertise in den entsprechenden Feldern entwickelt haben. Nachbarschafts- und Begegnungshäuser verstehen sich als Zentren der Stadtteilarbeit in ihren jeweiligen Quartieren.

Methodisch setzt Stadtteilarbeit grundsätzlich an einem ressourcen- und handlungsorientierten Welt- und Menschenbild an. Entsprechend bestimmen Begriffe wie „Empowerment“, „Resilienz“ und „Stärkung“ die Tätigkeit von Stadteileinrichtungen und -projekten. Inhaltlich fördert Stadtteilarbeit demokratische, inklusive und diskriminierungskritische Ansätze und Projekte, um auf diese Weise positive Aspekte des Zusammenlebens zu stärken.

Neben diesen Aspekten ist Stadtteilarbeit häufig als partizipatives Element eng mit Stadtentwicklungsprozessen verbunden. An anderer Stelle wurde bereits dargestellt, dass Räume für Stadtteilarbeit in Planungsprozessen in Potsdam unterschiedlich berücksichtigt wurden. Diese Verbindung jedoch ist ein wesentlicher Faktor für stabile Nachbarschaften, denn Stadtteilarbeit braucht Räume, um mögliche Begegnungsorte zu gestalten und verlässlich anzubieten. Zwar werden deutschlandweit auch Konzepte der Stadtteilarbeit ohne einen eigenen festen Ort entwickelt – gemein ist ihnen jedoch, dass die räumliche Ungebundenheit sich erschwerend auf das Beziehungsangebot mit Bewohner:innen auswirkt. Insofern ist das Mitdenken von Räumen für die Nutzung durch Stadtteilarbeit essenziell.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnis werden in Potsdam immer häufiger städtebauliche Planungsprozesse durch teils verpflichtende partizipative Verfahren begleitet. Dabei wird regelmäßig auf Angebote und Ressourcen etablierter Akteure in den Quartieren zurückgegriffen. Dabei bilden die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser ein Scharnier zwischen Stadtgesellschaft und -verwaltung, Stadtplanungsprozesse können auf diese Weise vor Ort und unter der Nutzung vertrauensvoller Beziehungen mit den Bewohner:innen umgesetzt werden.

Über ihre moderierende und vermittelnde Rolle hinaus sieht sich die Stadtteilarbeit in Potsdam zunehmend auch hoheitlichen Aufgaben gegenübergestellt - Beispiele sind lokale Bildungsverbände, die Unterstützung und Integration von Geflüchteten oder die Beratung und Versorgung von Bürger:innen in der Energiekrise. Stadtteilarbeit hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie schnell und bedarfsgerecht auf die Folgen von Krisen und gesellschaftlichen Veränderungen reagieren kann. In der Konsequenz gewinnen diese Aufgaben zunehmend an Bedeutung. Sie bedürfen nicht zuletzt eigener finanzieller und personeller Ressourcen und eines verwaltungsseitigen Bereiches zur Steuerung und Koordinierung dieser Anliegen.

3 Stadtteilarbeit in Potsdam – qualitative Aspekte

Stadtteilarbeit in Potsdam ist ressourcenorientiert und auf Selbstwirksamkeit und Selbstorganisation der Bewohner:innen angelegt. Sie reflektiert die Unterschiede der Bevölkerung, insbesondere hinsichtlich des sozioökonomischen Status, Flucht- und Migrationserfahrungen, Bildungsniveau, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie der vorhandenen oder in Entstehung befindlichen (baulichen) Infrastruktur.

Dafür bedient sie sich übergreifender Qualitätskriterien:

- **Stadtteilarbeit ist diversitätssensibel und dialogisch orientiert:** Stadtteilarbeit ist letztlich auch (politische) Bildungsarbeit. Menschen sind willkommen und Unterschiedlichkeit wird als eine Qualität geschätzt. In einzelnen Projekten, Maßnahmen und Veranstaltungen werden die Fähigkeit zum Austausch und zum Dialog unterstützt. Gegenüber Personen, die diskriminierend gegenüber Dritten auftreten, grenzt sich Stadtteilarbeit ab.
- **Stadtteilarbeit bedeutet Empowerment im Gemeinwesen:** Stadtteilarbeit unterstützt Potenziale und Ressourcen der Bewohner:innen und stärkt sie in der Ausübung ihrer Interessen. Dabei werden Themen der Bewohner:innen aufgegriffen, Ideen und mögliche Projektvorhaben mit ihnen zusammen entwickelt und so der im Stadtteil erkannte Bedarf im Programm der jeweiligen Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser berücksichtigt. Beispiele reichen hier von lokalen Bürgerbudgets bis zu (weitgehend) selbstorganisierten Kiezflohmärkten und anderen Veranstaltungen.
- **Stadtteilarbeit gestaltet Vernetzung und Entwicklungsprozesse:** Kernkompetenz von Akteur:innen der Stadtteilarbeit ist die Vernetzung und Integration verschiedener Expertisen. So können kulturelle Vorhaben mit pädagogischen Themen verknüpft und im Sinne einer ganzheitlichen Bildung multiprofessionell umgesetzt werden. Dieses fachübergreifende Denken ist Wesenskern von Stadtteilarbeit. Entsprechend sind Akteur:innen der Stadtteilarbeit in vielen Netzwerken und Austauschrunden aktiv.
- **Stadtteilarbeit schafft Beziehung, Begegnung und Identifikation:** Stadtteilarbeit greift bestehende Beziehungen auf und unterstützt sie durch Vernetzung, Begegnung und Austausch. Auf diesem Weg entstehen vertrauensvolle Beziehungen zwischen Einrichtungen der Stadtteilarbeit und ihren Anspruchsgruppen. Auf dieses Vertrauen kann Stadtteilarbeit vielfach aufbauen: durch das Anbieten relevanter Verweisberatungen, Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement oder als Plattform für bedarfsgerechte Kooperationen und Angebote.
- **Stadtteilarbeit ist barrierearm:** Stadtteilarbeit ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und Aktivität. Dafür ist sie in Sprache, Angeboten und Räumen möglichst barrierearm und steht ihren Anspruchsgruppen grundsätzlich auch konsumfrei und ohne Anlass zur Verfügung.

4 Arbeitsprinzipien und Handlungsfelder der Stadtteilarbeit in Potsdam

In den vorhergehenden Kapiteln wurde allgemein beschrieben, dass Stadtteilarbeit nicht nur einen konkreten Stadtteil in den Blick nimmt, sondern die Situation und Entwicklungen von Bewohner:innen ganzheitlich und lebensweltbezogen betrachtet. Als Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser haben wir uns hierfür auf grundlegende Aufgaben und Handlungsfelder verständigt.

Mitwirkung und Teilhabe

Die Orte der Stadtteilarbeit in Potsdam verstehen sich grundsätzlich als offen für alle Potsdamer:innen. Angebote der Stadtteilarbeit werden über Netzwerke und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit an die Menschen in der Landeshauptstadt kommuniziert. Zugänge sind vielfältig und zielgruppenspezifisch gestaltet, sie sind barrierearm und chancengerecht.

Stadtteilarbeit schafft in unserem Verständnis Raum und Angebote zur Verwirklichung für alle daran Interessierten. Insofern ermöglicht Stadtteilarbeit Mitwirkung und Teilhabe auf folgenden Ebenen:

- Angebote der Nachbarschaftshäuser zu nutzen,
- an der Ausgestaltung und Umsetzung von Angeboten mitzuwirken,
- selber Angebote zu initiieren, zu gestalten und umzusetzen.

Neben der Beteiligung und Selbstorganisation von Anwohner:innen und Gruppen unterhält und fördert die Stadtteilarbeit in Potsdam auch Strukturen, in denen Interessierte (gegebenenfalls je nach Organisationsgrad mandatierte¹) Akteur:innen die Belange und Ausrichtung von Stadtteilarbeit mit beraten und mitentscheiden können (z.B. Stadtteilkoordinationen oder gewählte/mandatierte Stadtteilräte, Bürger:innen- oder Interessenvertretungen). Diese Strukturen sind in jedem Quartier unterschiedlich in Form und Qualität. Die Ausprägungen orientieren sich an den jeweiligen Entwicklungen und sozialräumlichen Voraussetzungen der einzelnen Nachbarschaften und ihrer stadtteilbezogenen Einrichtungen. Auch hier ist Potsdam - wie schon beschrieben - eine bunte und vielfältige Landschaft.

Transformator in die Stadtgesellschaft

Stadtteilzentren sind Räume für Meinungsvielfalt und Diskurs. Sie leisten einen aktiven Beitrag zu gelebter Demokratie und zu einem weltoffenen Miteinander. Die Rahmen für solche Diskurse orientieren sich an den Leitbildern der Einrichtungen. Stadtteilarbeit transportiert und kanalisiert Ergebnisse, Positionen und Sichtweisen. Die Verantwortlichen in den Stadtteilzentren verstehen sich nicht nur als Koordinator:innen oder Impulsgeber:innen von Angeboten der Stadtteilarbeit. Sie sind in ihrer Rolle auch Seismograph:innen und Transformator:innen (im Sinne von Übersetzung in der Kommunikation) für die Belange von Bewohner:innen in die Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik.

Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter:innen unserer Nachbarschaftshäuser verstehen sich in erster Linie als Prozessbegleiter:innen:

- Sie regen das Gespräch aktiv an.

¹ Je nach Organisationsgrad der NBH sind Nutzer:innen über ein Gremium (z.B. Beirat) in die Entwicklungen und Entscheidungen der Einrichtung einbezogen. In diesem Fall sind die Beteiligten ggf. gewählt und mandatiert.)

- Sie weisen auf Herausforderungen und Missstände im Stadtteil hin und werden beispielhaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten lösungsorientiert tätig.
- Ihr Handeln orientiert sich am Rahmen des jeweiligen Leitbildes.

Insofern verstehen wir es als unsere Aufgabe,

- den Austausch zwischen unterschiedlichen Anspruchsgruppen zu ermöglichen und die Qualität ihrer Kommunikation zu verbessern,
- Beteiligung zu fördern und zu gestalten,
- einen Raum für die Auseinandersetzung zu relevanten Themen zu öffnen und dabei auch die Belange der Nachbarschaft anwaltschaftlich zu vertreten, sollte dies erforderlich sein.

Zielgruppenorientierung

Die Arbeit unserer Einrichtungen ist immer auf die Gesamtheit des Stadtteils gerichtet. Gleichwohl können je nach Bedarf und Ausrichtung der Träger:innen / der Einrichtung eine oder mehrere Zielgruppen explizit angesprochen werden, um marginalisierte Gruppen zu stärken und Zugangshürden abzubauen. Im Programm unserer Einrichtungen berücksichtigen wir neben ggf. stärker fokussierten Zielgruppen immer die Belange des gesamten Stadtteils. Voraussetzung dafür ist eine regelmäßige Evaluation.

Grundsätzlicher Ansatz von Stadtteilarbeit ist immer auch eine integrative und zielgruppenübergreifende Entwicklung von Angeboten. Diese steht im Einklang zu den konkreten Herausforderungen und Bedarfen bzw. Wünschen einzelner Gruppenkonstellationen. Die Zielgruppenorientierung ist stets lokal oder regional fokussiert und erfolgt in Aushandlung mit den Akteur:innen der Stadtteilarbeit.

Vielfalt leben – Demokratie ermöglichen

Potsdam ist für uns eine Stadt, die von einer großen gesellschaftlichen Vielfalt geprägt ist und sich in einem ständigen Prozess der Veränderung und städtischen Entwicklung befindet. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Vielfalt sozialer Gruppen als auch für die hohe Diversität vorhandener Interessen und Bedarfe. So sind unsere Einrichtungen auch Plattform und Aushandlungsort für gesamtstädtische Diskurse und damit wesentlich für die Förderung direkter demokratischer Beteiligung der Stadtbewohner:innen.²

Vielfalt und Diversität sind für uns eine grundlegende Eigenschaft dieser Stadt und eine wichtige Ressource für die Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlichen Zusammenlebens. Insofern ist Stadtteilarbeit für uns in ihrer Komplexität ein Spiegelbild des gesellschaftlichen Lebens in Potsdam.

² Z.B. wird dies momentan (zur Zeit der Konzeptentwicklung) deutlich in Prozessen rund um die Potsdamer Stadtmitte, den Abriss des Staudenhof, dem Betrieb Rechenzentrum oder dem Bau der Garnisonkirche.

Sozialkulturelle Stadtteilarbeit

Wir verstehen Stadtteilkultur als eine stadtteilbezogene Form der Soziokultur³. Kulturelle Arbeit schafft in diesem Verständnis Raum für individuelle und gemeinschaftliche Weiterentwicklung, Reflexion und Erbauung für die Mitglieder der Stadtgesellschaft. Deshalb liegt es in der zentralen Verantwortung unserer Stadtteilarbeit, Zugänge zu Kultur, kultureller Teilhabe sowie die Möglichkeit kultureller Verwirklichung herzustellen. Sozialkulturelle Stadtteilarbeit schließt für uns eine stark beteiligungsorientierte Kulturpraxis ein, die Bestandteile aus sozialer Arbeit, Jugendarbeit, gesellschaftlicher und politischer Bildung oder Umweltarbeit und Klimaschutz umfasst. Wir möchten allen Bevölkerungsgruppen Raum zur Aktivierung bieten, um kreative Potenziale der Lebensweltgestaltung freizusetzen und „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ Wirklichkeit werden zu lassen.⁴

Soziale Arbeit und Beratung

Räume der Stadtteilarbeit sind auch immer Räume sozialer Arbeit. Soziale Teilhabe ist für uns genauso wie kulturelle Teilhabe eine Voraussetzung zur Verwirklichung in einer demokratischen Gesellschaft. In der Stadtteilarbeit sind wir – als hauptamtliche und ehrenamtliche Akteur:innen – Seismographen für soziale Entwicklungen in unseren Gebieten. Als solche stehen wir Veränderungen sensibel gegenüber und transportieren wichtige Impulse in die Stadtgesellschaft. Individuellen sozialen Beeinträchtigungen stehen wir ebenfalls sensibel gegenüber. Im Zuge der Begleitungs- und Vernetzungsarbeit sind wir offen für individuelle Belange und nutzen die uns bekannten Möglichkeiten, Zugänge zu professionellen Angeboten sozialer Arbeit zu vermitteln und weitestgehend niedrigschwellig zugänglich zu machen. Dies kann trägerbezogen intern oder extern zu anderen Institutionen erfolgen. Gleichwohl ist Stadtteilarbeit kein Ausfallbürge für fehlende oder defizitär ausgestattete Angebote sozialer Daseinsvorsorge.

³ Soziokultur beschreibt den lebensweltlichen Bezug der Künste unter der Perspektive von Partizipation und kreativ-künstlerischer Eigentätigkeit.

5 Der Arbeitskreis Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

Stadtteilarbeit ist eine gemeinschaftliche Aufgabe und Herausforderung für die ganze Stadt Potsdam und insbesondere für die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser. Um diesen professionell begegnen zu können, haben sich Akteur:innen der Stadtteilarbeit in Potsdam auf freiwilliger Basis in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen.

Netzwerk

Der Arbeitskreis bildet die Plattform für den Austausch von Informationen und zu aktuellen Situationen und Entwicklungen. Gleichzeitig gibt er Raum für notwendige und hilfreiche Diskurse im Kontext von Stadtteilarbeit und -entwicklung. Eine wesentliche Voraussetzung für den Austausch und den qualifizierten Diskurs bildet das Wissen um die Personen, Hintergründe, Kompetenzen und Ressourcen der Beteiligten im Arbeitskreis. Insofern lebt unsere Zusammenarbeit von personeller Verbindlichkeit, fachlicher Offenheit und Wertschätzung, wie auch von der Teilnahme und Mitgestaltung des regelmäßigen Austauschs. Das Netzwerk schöpft aus den Informationen, Fragen und Impulsen der einzelnen Mitglieder. Dessen sind sich alle Beteiligten bewusst und gestalten in diesem Sinne die Netzwerkarbeit aktiv mit.

Kooperation und Qualifizierung

Auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit können Kooperationen gedeihen. Das vertrauensvolle Zusammenspiel auf fachlicher Ebene ermöglicht gleichzeitig den Raum für gegenseitige kollegiale Beratung.

Der Arbeitskreis ist Ort für die Entwicklung und Qualifizierung von Stadtteilarbeit. Hier gibt es Raum, gemeinsam Kriterien qualifizierter Stadtteilarbeit zu erörtern und gelungene Ansätze weiter zu entwickeln. Im Rahmen der Möglichkeiten erarbeiten wir für uns ein gemeinsames Verständnis von Stadtteilarbeit. Dies impliziert auch, entsprechend Impulse für notwendige Veränderungen und Entwicklungen zu geben.

Entwicklung und Qualitätssicherung

Wir haben eine gemeinsame Vorstellung für grundlegende Rahmenbedingungen für Stadtteilarbeit in Potsdam. Dies schlägt sich auch zukünftig in der Weiterentwicklung der Rahmenkonzeption für Stadtteilarbeit in Potsdam nieder. Die Mitgestaltung daran ist freiwillig und wird von uns dokumentiert. Der Austausch hierzu findet regelmäßig statt. Die hier vorliegende Konzeption ist ein gemeinschaftliches Werk von allen aktuell interessierten Akteur:innen der Stadtteilarbeit in Potsdam.

Wir zeichnen uns gemeinsam verantwortlich, diesen Rahmen konzeptionell weiterzuentwickeln und als Grundlage für differenziertere Auseinandersetzungen bzw. konzeptionelle Rahmungen einzelner Perspektiven von Stadtteilarbeit zu nutzen. Zum Zeitpunkt dieser Konzepterstellung (Juni 2023) wünschen wir uns für eine zeitgemäße Stadtteilarbeit in Potsdam insbesondere:

- eine zuverlässige und planbare Grundförderung,
- die Sicherstellung und Finanzierung von ausreichendem und qualifiziertem Personal,
- die Bereitstellung geeigneter Räume und Örtlichkeiten sowie
- eine bedarfsgerechte Infrastruktur.

Verantwortung und Erreichbarkeit

Stadtteilarbeit vor Ort liegt in der Verantwortung der Träger:innen und der dort handelnden Akteur:innen. Gleichwohl erachten wir es als sinnvoll und hilfreich, gemeinsam ansprechbar zu sein und für zentrale Themen Informationen zu bündeln und Perspektiven und Impulse als qualifizierte Entwicklungsbeiträge in die Stadtgesellschaft hineinzugeben. Ansprechbar sind die Sprecher:innen des Arbeitskreises der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, derzeit Antoinette Fuchs, Christian Kube und Tim Spotowitz.

Impressum

Der vorliegende konzeptionelle Rahmen für Stadtteilarbeit in Potsdam wurde von September 2022 bis Juni 2023 vom Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser Potsdam verfasst. Der Entstehungsprozess wurde moderiert von Christian Baier (SOCIUS eG) / Norbert Poppe (Transformhaus) und gefördert durch die Landeshauptstadt Potsdam.

Gesellschaftliche oder städtische Veränderungen beeinflussen die Arbeit der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser fortwährend, so dass eine Überprüfung des Konzeptes regelmäßig, in einem Abstand von 5 Jahren erfolgen soll.

Redaktion

Christian Kube, Stadtteilkoordination Bornstedt - stadtteilarbeitbornstedt@gamil.com

Tim Spotowitz, Leitung Bürgerhaus Schlaatz - tim.spotowitz@buergerhaus-schlaatz.de

Antoinette Fuchs, Leitung Haus der Begegnung Waldstadt - info@hdb-potsdam.de

André Looft, Leitung Kulturhaus Babelsberg - andre.looft@awo-potsdam.de

Erika Plümecke, Leitung Begegnungshaus Groß Glienicke - epluemecke@web.de

Henrik Jahnke, Leitung Kulturscheune Marquardt - jahnke.henrik@gmail.com

Katrin Binschus-Wiedemann, Leitung Friedrich Reinsch Haus – k.binschus@milanhorst-potsdam.de

Katja Zehm, Leitung oskar. DAS BEGEGNUNGSZENTRUM - katja.zehm@oskar-drewitz.de

Paula Breithaupt, Leitung Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. - info@stadtteilnetzwerk.de

Stefanie Kelz, Leitung Stadtteilladen Kirchsteigfeld - info@stadtteilladen.de

Nora Stelter, Leitung Heidehaus Babelsberg - info@heidehaus-potsdam.de

Stefanie Brauer, Leitung Bürgerhaus Bornim - stefanie.brauer@burgerhaus-bornim.de

Anna Seegers, Stadtteilkoordinatorin Waldstadt -

stadtteilkoordination-waldstadt@volkssolidaritaet.de

Uwe Rühling, Leitung Treffpunkt Freizeit - ruehling@treffpunktfreizeit.de

Anja Engel, Leitung Rechenzentrum - rzpotsdam@stiftung-spi.de

Folgende Nachbarschafts- und Begegnungshäuser unterstützen das Konzept (Stand 6.10.2023):



KULTUR- UND HEIMATVEREIN WUBLITZTAL E.V.

	Vorstand Fabian Valentin (Vorsitzender) Nadine Held (stely.Vorsitzende) Hagen Richtsteig (Schatzmeister) Heiko Olszewski (Techniker) Manuela Burkard (Schriftföhrerin) Katja Schmidt (Beisitzerin)	Verwalter der Kulturscheune Henrik Jahnke 0177-243 94 71 info@kulturscheune-marquardt.de
	Fahrländer Str. 1c 14476 Potsdam OT Marquardt	
khv@kulturscheune-marquardt.de www.kulturscheune-marquardt.de		



HAUS DER BEGEGNUNG



Folgende Träger unterstützen das Konzept (Stand 6.10.2023)



